

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Kay Beiderwieden

Langfristige Wiedereingliederung nach der
beruflichen Rehabilitation
Ergebnisse einer Langzeituntersuchung der
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-Heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Langfristige Wiedereingliederung nach der beruflichen Rehabilitation

Ergebnisse einer Langzeituntersuchung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke

Kay Beiderwieden*

In Deutschland hat sich ein differenziertes System der Rehabilitation herausgebildet, in dem den Berufsförderungswerken die berufliche Rehabilitation der „schwereren Fälle“ zugewiesen ist. Zur Überprüfung der Frage, inwieweit die Rehabilitanden nach Beendigung der Qualifizierungsmaßnahme eine Erwerbstätigkeit finden, führen die Berufsförderungswerke seit Mitte der 60er Jahre sogenannte „Nachbefragungen“ durch. Neben kurz- und mittelfristigen Nachbefragungen (ein halbes und ein Jahr nach Reha-Ende) wurde es infolge der allgemeinen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Verlängerung des Wiedereingliederungs-Prozesses notwendig, auch langfristige Nachbefragungen (drei und mehr Jahre nach Reha-Ende) zu organisieren. Anhand der Langzeituntersuchung 1998 wird aufgezeigt, dass langfristige Nachbefragungen das letztendliche Wiedereingliederungs-Ergebnis richtiger wiedergeben. Mithilfe logistischer Regressionen werden die wesentlichen Einflussvariablen auf das Wiedereingliederungs-Ergebnis herausgearbeitet und weitere Aufgaben für die Forschung diskutiert. Neben der Wiedereingliederung i.e.S. wird auch auf die Stabilität und Qualität der Wiedereingliederung (Beschäftigungsdauer, Behinderungs- und Ausbildungsadäquatheit der Beschäftigung etc.) eingegangen. Zum Schluss werden Möglichkeiten der Evaluation der beruflichen Rehabilitation in Berufsförderungswerken erörtert und ein 3. Weg jenseits des experimentellen und nichtexperimentellen Ansatzes aufgezeigt.

Gliederung

- 1 Berufsförderungswerke im gegliederten System der beruflichen Rehabilitation
- 2 Entstehung und Entwicklung der „Nachbefragungen“ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke
- 3 Konzeptualisierung und Durchführung der Langzeituntersuchung 1998
- 4 Ergebnisse der Langzeituntersuchung 1998
 - 4.1 Wiedereingliederungs-Situation (i.e.S.)
 - 4.2 Stabilität und Qualität der Wiedereingliederung
- 5 Möglichkeiten der Evaluation der beruflichen Rehabilitation in Berufsförderungswerken
- 6 Literatur

1 Berufsförderungswerke im gegliederten System der beruflichen Rehabilitation

Gesundheit ist ein hohes Gut. Man kann auch von „Kapital“ sprechen und transzendiert somit die Reduktion auf den rein ökonomischen Kapitalbegriff. In Anlehnung an die Theorie der Kapitalsorten (Bourdieu 1992) ist damit gemeint, dass Gesundheit neben den drei Hauptkapitalsorten – ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital – ein wichtiges Kapital des Menschen darstellt. Dies gilt insbesondere für Behinderte. Sie sind in Bezug auf ihr körperliches Kapital benachteiligt. Sie müssen diese Nachteile durch ein Mehr an anderen Kapitalformen ausgleichen, indem sie vor allem kulturel-

les Kapital akkumulieren, was entsprechende Investitionen voraussetzt, und indem sie dies kulturelle Kapital später zu transformieren verstehen (vor allem in ökonomisches und soziales Kapital).

Umfragen zeigen, dass Gesundheit von den Bundesbürgern in der Wichtigkeitsskala der Lebensbereiche noch vor der Familie auf Platz eins eingeordnet wird. Dies vor allem auch deswegen, weil gesundheitliche Beeinträchtigungen zu erheblichen Einschränkungen im alltäglichen Leben und im Beruf führen können. 1998 gaben 13 % der Ostdeutschen und 10 % der Westdeutschen an, sie hätten eine andauernde Krankheit oder Behinderung, die sie gezwungen hätte, ihren Beruf zu wechseln oder ihr Leben umzustellen (Statistisches Bundesamt 2000 : 463 f). Für Menschen, die von derartigen Schicksalsschlägen getroffen sind, gibt es medizinische und berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen sowie Maßnahmen der sozialen Rehabilitation. Ziel der Maßnahmen ist es, „Behinderte möglichst auf Dauer in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern“ (§ 1 Abs. 1 Rehabilitations-Angleichungsgesetz). 1995 wurden 2,029 Mio. Reha-Maßnahmen gezählt, 24,0 % entfielen auf berufsfördernde Maßnahmen (71,5 % auf medizinische und 4,5 % auf Maßnahmen zur sozialen Eingliederung; ebenda : 191).¹

Ein Großteil der berufsfördernden Maßnahmen (322384 = 68,5 %) bestand aus „Hilfen zur Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes“. In diesen Fällen war es also gelungen, durch behindertengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes, Umsetzung im Betrieb, Vermittlung eines Arbeitsplatzes in einem anderen Betrieb und Ähnliches den Arbeitsplatz zu erhalten. Die übrigen 148494 berufsfördernden Maßnahmen machten berufsfördernde Bildungsmaßnahmen aus (Statistisches Bundesamt 1998 : 100 ff).

Im Folgenden sollen die berufsfördernden Rehabilitationsmaßnahmen – und hier insbesondere die Bedeutung der Berufsförderungswerke – im gegliederten System der beruflichen Rehabilitation näher betrachtet werden. Hierbei ergeben

* Kay Beiderwieden ist Diplom-Soziologe und Lehrer. Er arbeitet für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke im BFW Hamburg. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

¹ Neuere Zahlen für alle Reha-Maßnahmen sind nicht verfügbar.

sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Zum einen stammt die letzte Erhebung des Statistischen Bundesamtes zu „Rehabilitationsmaßnahmen“ aus dem Jahr 1995 (Statistisches Bundesamt 1998). Im Anschluss daran wurde infolge des 3. Statistikbereinigungsgesetzes die Rehabilitationsstatistik des Statistischen Bundesamtes eingestellt. Zum zweiten geht aus der letzten Erhebung des Statistischen Bundesamtes zu „Rehabilitationsmaßnahmen“ von 1995 nicht hervor, wie viele der berufsfördernden Maßnahmen auf die Berufsförderungswerke oder andere Durchführungsträger entfallen. Man könnte ersatzweise auf die Statistik „Berufliche Rehabilitation“ der Bundesanstalt für Arbeit zurückgreifen, die ausweist, wie sich die berufsfördernden Maßnahmen auf die Bildungsträger aufteilen. Immerhin entfiel 1995 der Großteil (74,0 %) aller Umschulungen und Fortbildungen im Bereich der beruflichen Rehabilitation auf die Bundesanstalt für Arbeit.

Hier entsteht aber die dritte Schwierigkeit. Die letzte offizielle Veröffentlichung der Bundesanstalt für Arbeit über „Berufliche Rehabilitation“ bezieht sich auf das Berichtsjahr 1994. Damals wurden (Ende Dezember) insgesamt 34959 Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen gezählt, von denen 33,9 % auf die BFWs, 51,1 % auf sonstige überbetriebliche Einrichtungen, 11,8 % auf Betriebe und 3,1 % auf Sonstige entfielen. Für das Berichtsjahr 1999 liegt ein unveröffentlichtes Manuskript vor (Bundesanstalt für Arbeit 2000a : 65). Danach vereinten die BFWs nur noch 21,0 % der insgesamt 30640 der dort so genannten „Weiterbildungsmaßnahmen“ auf sich, die sonstigen überbetrieblichen Einrichtungen 63,0 %, die Betriebe 8,8 %, und Sonstige 7,2 % (Bundesanstalt für Arbeit 2000a : Tabelle 18). Zu beachten ist dabei, dass der Anteil der Bundesanstalt für Arbeit an den Hauptmaßnahmen infolge gesetzlicher Änderungen erheblich gesunken ist. Nach der Belegungserhebung vom November 1999 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke entfielen auf die Bundesanstalt für Arbeit nur 43,1 % der insgesamt 13879 Hauptmaßnahmen, auf die Rentenversicherung 52,7 %, die Berufsgenossenschaften 11,7 % und auf Sonstige 1,5 % (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke 2000 : 5).

Insgesamt haben mehr als 160.000 Rehabilitanden seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke im Jahre 1968 eine berufliche Ausbildung zumeist in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder auf höherem Qualifikationsniveau mit Erfolg beendet.

Berufliche Rehabilitation wird, das zeigen die oben angeführten Zahlen, nicht nur in Berufsförderungswerken durchgeführt. Wodurch zeichnen sich nun diese gegenüber anderen Einrichtungen aus? Zunächst kann man auf die gesetzlichen Regelungen verweisen. So heißt es im § 11 Absatz 2a Rehabilitationsangleichungsgesetz (RehaAnglG): „Maßnahmen in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation werden nur gefördert, wenn Art oder Schwere der Behinderung oder die Sicherung des Rehabilitationserfolges die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen erforderlich machen.“ Derartige besondere Hilfen sind vor allem in den begleitenden Diensten der Berufsförderungswerke zu sehen, die aus dem sozialen, psychologischen und medizinischen Reha-Fachdienst bestehen. Weiterhin bieten die Berufsförderungswerke eine Reihe zusätzlicher behindertenspezifischer Leistungen wie spezielle Sport-, Essens-, Wohn- und Freizeitangebote sowie einen Integrations- bzw. Vermittlungsdienst an. Hinzu kommt eine, im Vergleich zur traditionell fächerorientierten, radikal andere Ausbildungskonzeption: „Neben Fachkompetenz setzt eine erfolgreiche Eingliederung am Arbeitsmarkt auch personelle und soziale Kompetenzen voraus. Berufsförderungswerke ge-

hen daher nach ganzheitlichen pädagogischen Konzepten wie Handlungsorientierung und Teamarbeit vor“ (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke, Erfurter Erklärung von 2000). Zurzeit wird eingeführt, mit jedem Rehabilitanden und jeder Rehabilitandin zu Beginn der Ausbildung einen „Individuellen Förderplan“ zu erarbeiten, der von allen Beteiligten unterschrieben wird. Schließlich ist darauf zu verweisen, dass über 95 % der Qualifizierungsmaßnahmen in Berufsförderungswerken 24 Monate dauern und in anerkannten Ausbildungsberufen, auf Fachschul- oder Fachhochschulniveau durchgeführt werden.

Aus der Besonderheit der Berufsförderungswerke folgt, „daß BFW-Maßnahmen nach Krankheit oder Unfall den schweren Fällen vorbehalten bleiben und somit eher die Ausnahme sind“ (Mühlum/Kemper 1992 : 111). Auch Blaschke/König meinen (1992 : 20), „daß die Berufsförderungswerke und anderen Einrichtungen – wie gesetzlich vorgesehen – im Durchschnitt den schwierigeren Personenkreis aufnehmen.“ Klare Zahlen, die etwas über die Selektionsprozesse bei Einleitung der beruflichen Rehabilitation besagen oder die einen Vergleich der Teilnehmerstruktur in den Einrichtungstypen erlauben, gibt es bislang aber nicht. Weder die Erhebung des Statistischen Bundesamtes zu „Rehabilitationsmaßnahmen“ von 1998 noch die der Bundesanstalt für Arbeit zur „Beruflichen Eingliederung Behinderter“ von 2000 enthalten hierzu Informationen.

Man ist daher auf eher indirekte Belege angewiesen. So weisen Blaschke/König in ihrer Studie für die Absolventen von beruflichen Reha-Maßnahmen der Jahre 1982 – 1985, die von der Bundesanstalt für Arbeit gefördert wurden, einen Anteil von 7 % Schwerbehinderten aus (1992: 33 ff.). Bei den Jahres-Nachbefragungen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke beträgt für die Absolventen-Jahrgänge 1983 bis 1985 der Schwerbehindertenanteil 22 %.² Soweit Vergleiche möglich sind, zeigt sich in ähnlicher Weise, dass auch die Altersstruktur (mit 13 % ggü. 32 % bei den 35-Jährigen und Älteren) sowie der Anteil der vor Reha-Beginn Erwerbslosen (mit 45 % ggü. 61 %) in den Berufsförderungswerken ungünstiger ist als in anderen Einrichtungen.

Dagegen behauptet Walger, die Berufsförderungswerke würden eine „bewußte Selektion“ der Rehabilitanden in Richtung „Positivauswahl“ durchführen, „so daß vergleichsweise gute Rehabilitationsergebnisse nicht sonderlich überraschen können“ (Walger 1993 : 146 f). Walger führt als Belege für seine These in erster Linie die Statistik „Berufliche Rehabilitation“ der Bundesanstalt für Arbeit sowie „theoretische Überlegungen“ an.

1) Anhand der Statistik „Berufliche Rehabilitation“ (Bundesanstalt für Arbeit 1990) werden die „Zugänge von Rehabilitanden mit dem Ziel der beruflichen Wiedereingliederung“ mit den „Eintritten von Rehabilitanden in berufsfördernde Maßnahmen mit dem Ziel der beruflichen Wiedereingliederung“ verglichen und letztere zur „Gruppe der Umschüler“ zusammengefasst, wobei nur 60,3 % der Eintritte auf Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen entfallen. Aufgrund

² Man könnte einwenden, dass die Zahlen von Blaschke/König, da sie aus der „Statistik über berufliche Rehabilitation – St 37“ der Bundesanstalt für Arbeit stammen, vor der Reha-Maßnahme, dagegen die der Jahres-Nachbefragungen etwa ein Jahr nach der Reha-Maßnahme erhoben wurden, weshalb viele Absolventen erst, nachdem sie eine Beschäftigung gefunden hatten, sich als Schwerbehinderte haben anerkennen lassen. Dazu ist zu sagen, dass dies für die meisten Absolventen allein aus Zeitgründen wenig realistisch ist, denn sie hätten innerhalb eines Jahres nicht nur einen Arbeitsplatz finden und die Probezeit überstehen, sondern auch das Anerkennungsverfahren für den Schwerbehindertenausweis beenden müssen.

dieses Vergleichs nach soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Grad der Behinderung etc. wird konstatiert, „daß die Gruppe der Umschüler über persönliche Merkmale verfügt, die auf weniger problematische Ausgangslagen schließen lassen.“ (Walger 1993 : 145) – Schaut man sich indessen die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit genauer an und nimmt die Ergebnisse der Nachbefragungen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke hinzu, so zeigt sich Folgendes (siehe Tabelle 1).

Zunächst einmal scheint sich bei zwei der drei Merkmale die These von der „bewussten Selektion“ zu bestätigen: Die Rehabilitanden bei den „Eintritten“ sind erheblich jünger als bei den „Zugängen“ und es wurde auch seltener ein Grad der Behinderung bei ihnen festgestellt. Vergleicht man indessen die Zugänge mit den BFW-Absolventen, so wandelt sich das Bild vor allem beim Grad der Behinderung.⁴ Während bei den „Zugängen“ nur 20,8 % über eine Anerkennung als Behinderte bzw. Schwerbehinderte verfügen, sind es bei den BFW-Absolventen 40,1 %. Dies widerspricht Walgers These von der bewussten Selektion in Berufsförderungswerken.

Beim Altersvergleich ist dies auf den ersten Blick nicht so eindeutig. Die BFW-Absolventen sind zwar älter als die „Eintritte“, aber jünger als die „Zugänge“. Insbesondere bei den über 45-Jährigen ist die Differenz zwischen 26,8 % bei den „Zugängen“ und 4,1 % bei den BFW-Absolventen beträchtlich. Wie ist diese Differenz zu erklären? Ist sie ein Beleg für die These von der bewussten Selektion? Die Bundesanstalt für

Arbeit liefert dafür in der Statistik „Berufliche Rehabilitation“ zahlreiche Hinweise, die Walger unerwähnt läßt. So heißt es: „Ein beachtlicher Teil der Rehabilitanden (bezogen auf die Zugänge) ist für berufsfördernde Maßnahmen nicht geeignet oder daran nicht interessiert. Dies trifft in wesentlich stärkerem Maß auf ältere Behinderte zu.“ (1990 : 15) Konkret wurden für 5,5 % der Fälle „mangelnde Eignung“ und bei 12,3 % „fehlende Bereitschaft“ ausgewiesen. Für Ältere macht eine Umschulung oft keinen Sinn, weil sich diese aus ihrer Sicht „nicht lohnt“, die Umschulung für sie zu „stressig“ ist oder die finanziellen Einbußen während der Reha-Maßnahme sich als zu hoch erweisen. Weiter heißt es: „Bei älteren Rehabilitanden sind – aufgrund der längeren Erwerbstätigkeit – meist andere Rehabilitationsträger zuständig.“ Gemeint sind hier vor allem die Rentenversicherungen. „Für 14 % der Rehabilitanden endete das Verfahren seitens der Bundesanstalt mit einem Eingliederungsvorschlag für den zuständigen Kostenträger.“ (1990 : 9)⁵ Ältere treten also vor allem deshalb nicht in berufsfördernde Maßnahmen ein, weil sie „nicht geeignet“ bzw. „nicht interessiert“ oder weil ein anderer Reha-Träger zuständig ist, nicht aber, weil die Berufsförderungswerke hier eine „bewusste Selektion“ vornehmen.

Die Rehabilitanden, die in berufsfördernde Maßnahmen eintraten, waren mit 41,8 % häufiger zuvor arbeitslos als die Rehabilitanden bei den „Zugängen“ mit 35,2 %. Dies widerspricht der These von der „bewussten Selektion“. Walger argumentiert daher, dass die Arbeitslosigkeit „weniger ein Indiz für die Schwere des Rehabilitationsfalles als ein technisches Phänomen“ sei, da zwischen Zugang und Eintritt in eine Maßnahme „eine längere Zeitspanne liegen kann, in welcher der Umschüler dann arbeitslos wird.“ (1993 : 144) Die „Eintritte“ sind danach vor allem deshalb in höherem Maße arbeitslos, weil sie sich erst nach dem Zugang arbeitslos meldeten. Dagegen erklärt die Bundesanstalt für Arbeit die höhere Arbeitslosigkeit der „Eintritte“ unter anderem damit, dass gerade die beim Zugang erwerbstätigen Rehabilitanden seltener in berufsfördernde Maßnahmen einmünden: „Bei noch erwerbstätigen Rehabilitanden kann leichter eine andere Lösung (z.B. innerbetriebliche Umsetzung, Arbeitsplatzumgestaltung) gefunden werden. Oder sie verzichten auf eine berufsfördernde Bildungsmaßnahme, da diese häufig mit der Aufgabe des Arbeitsplatzes und einer Trennung von der Familie verbunden ist.“ (1990 : 19) Danach ist es im Gegensatz zu Walger also durchaus so, dass eher die Rehabilitanden, die beim Zugang bereits arbeitslos waren, in berufsfördernde Maßnahmen eintreten. Auch der These Walgers, Arbeitslosigkeit sei „weniger ein Indiz für die Schwere des Rehabilitationsfalles“, muss nachdrücklich widersprochen werden. Zahlreiche Verbleibsstudien zeigen, dass die Teilnehmer, die vor einer Maßnahme arbeitslos waren, es danach schwerer haben, wieder eine Erwerbstätigkeit zu finden (Blaschke / König 1992 : 10; Blaschke / Nagel 1995 : 205; Wöhrl 1988 : 301; Zängle / Trampusch 1997 : 315 f).⁶

2) Unter den „theoretischen Überlegungen“ werden bei Walger zwei Gründe aufgeführt. Zum einen seien die Berufsförderungswerke an einer „möglichst positiven Außenwirkung“ interessiert, die letztlich an der Wiedereingliederung gemessen werde. Daher „wäre es für die Durchführenden rational, bereits auf der ‚Inputseite‘ (Entscheidung über die Aufnahme von Rehabilitanden) dafür zu sorgen, daß eine effiziente Rehabilitation i.S.v. nachweisbaren Erfolgen dokumentiert wird“ (1993 : 149). Als zweiter Grund werden „ökonomische Zwänge“ genannt, die ein „kostenbewußtes Management“ zur Folge hätten. „Wird nun unterstellt, daß Rehabilitationsfälle mit günstigen Prognosen verhältnismäßig wenige Kosten verursachen, ist auch auf diesem Wege ein Anreiz gegeben, vor-

Tabelle 1: Strukturmerkmale von Rehabilitanden im Vergleich³

Strukturmerkmale	Zugänge 1989	Eintritte 1989	Absolventen der Berufsförderungswerke 1990
<i>Rehabilitanden insgesamt (absolut)</i>			
	120.019	49.256	2.756
<i>Alter (in %)</i>			
Unter 25 Jahre	24,6%	36,0%	29,9%
25 bis 35 Jahre	31,1%	53,1%	48,3%
35 bis 45 Jahre	17,5%	9,0%	17,7%
45 oder älter	26,8%	1,8%	4,1%
<i>Vor Reha arbeitslos (in %)</i>			
	35,2%	41,8%	62,3%
<i>Grad der Behinderung (in %)</i>			
Schwerbehinderte			
einschl. Gleichgestellte	11,8%	7,0%	22,2%
Behinderte mit GdB bis 50 (ohne Gleichgestellte)	9,0%	1,9%	19,9%
Kein GdB/GdB nicht festgestellt	79,2%	91,1%	59,9%

³ Siehe für die „Zugänge“ und „Eintritte“ Walger 1993 : 142 sowie Bundesanstalt für Arbeit 1990 : 33 und 40. Die letzte Spalte „Absolventen der Berufsförderungswerke 1990“ findet sich nicht bei Walger. Die Zahlen entstammen der in diesem Aufsatz behandelten „Langzeituntersuchung 1998“. Siehe dazu auch unten, die Tabelle 3.

⁴ Etwa 15,2 % (7500) der „Eintritte“ entfallen auf Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in Berufsförderungswerken (Bundesanstalt für Arbeit 1990 : 44 und eigene Berechnungen).

⁵ Hinzu kommen noch 17,3 % „sonstige Gründe für die Beendigung“ (1990 : 49), worunter auch Verrentungen fallen. (Bundesanstalt für Arbeit 2000b : 3826)

⁶ Walger führt zum Beleg für seine These von der „bewußten Selektion“ noch die Merkmale schulische und berufliche Vorbildung an. Diese stehen jedoch – entgegen der Annahme von Walger – bei multivariater Betrachtung in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Wiedereingliederungs-Ergebnis. (Beiderwieden / Wittwer 1994 : 129). Ähnlich verhält es sich mit den Merkmalen Geschlecht und Nationalität.

nehmlich Rehabilitanden aufzunehmen, die nicht zu den Problemfällen zählen“ (1993 : 150). – Walger hat sicherlich Recht, dass die Berufsförderungswerke an einer hohen Wiedereingliederung ihrer Rehabilitanden und an einer kosteneffizienten Arbeit ein hohes Interesse haben. Er übersieht aber zumindest zweierlei. Erstens sind die Berufsförderungswerke aus Kostengründen und aus Gründen der Selbsterhaltung an einer Auslastung ihrer Kapazitäten interessiert. Bei dem harten Wettbewerb um die Belegungssicherung können sich die Berufsförderungswerke die von Walger unterstellte „Selektion“ gar nicht leisten. Zum Zweiten haben die Berufsförderungswerke gar keine „Selektionsmacht“. Sie können sich „ihre“ Rehabilitanden nicht aussuchen. Es gibt keinen Numerus clausus oder Ähnliches. Vielmehr werden die Rehabilitanden von den Reha-Trägern bei den Berufsförderungswerken angemeldet. – Zusammenfassend ist zu sagen, dass die These von der „bewussten Selektion in Berufsförderungswerken“ weder empirisch noch theoretisch haltbar ist.

Es wäre aber verkehrt, die Frage nach der Teilnehmerstruktur nur nach den eher „harten“ Merkmalen wie Behinderung, Alter, berufliche Vorqualifikation und Vorerwerbssituation beurteilen zu wollen. Mindestens ebenso wichtig sind eher „weiche“ Merkmale wie Lernschwierigkeiten, psychische Instabilität, fehlende Unterstützung des Umfeldes und Ähnliches. Diese sind schwer zu erheben, besonders in quantitativen Studien. Eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung zeigt, dass solche eher „weichen“ Merkmale bei der Zuweisung von Teilnehmern an FuU-Maßnahmen eine große Rolle spielen. „Auch wenn sich betriebliche und außerbetriebliche Umschüler/-innen hinsichtlich statistischer Merkmale kaum unterscheiden, d.h. der überwiegende Teil war jeweils vor Beginn der Maßnahme arbeitslos, verfügte nicht über eine Berufsausbildung und war unter 35 Jahre, geben Arbeitsberater/-innen an, hinsichtlich Motivation, Verhalten und Gesamterscheinung an betriebliche Umschüler/-innen höhere Anforderungen zu stellen“ (Klähn 1989 : 22). Man kann davon ausgehen, dass auch in Bezug auf diese „weichen“ Merkmale die Berufsförderungswerke eher die „schwereren“ Fälle zugewiesen bekommen.

Gerade die „weichen“ Merkmale machen die „feinen Unterschiede“ (Bourdieu 1987) aus. Sie sind von großer Bedeutung für die Wiedereingliederung und bilden das „soziale Kapital“ einer Person. Sie decken sich in weiten Teilen mit den Schlüsselqualifikationen. In neueren pädagogischen Konzepten wie Handlungsorientierung oder Offener Unterricht wird versucht, diese Schlüsselqualifikationen zu fördern, auch wenn dies, da es um Persönlichkeitsmerkmale geht, in zwei Jahren nur schwer zu erreichen ist.

Ziel der beruflichen Rehabilitation ist die Wiedereingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die durch die gesundheitliche Beeinträchtigung bzw. Behinderung entstandenen Benachteiligungen sollen so weit wie möglich ausgeglichen und den Betroffenen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Zur Überprüfung der Frage, inwieweit die Rehabilitation zu diesem Ziel beiträgt, haben die Berufsförderungswerke schon früh begonnen, sogenannte „Nachbefragungen“ bei ihren ehemaligen Rehabilitanden durchzuführen.

Im Folgenden soll die Entwicklung der Nachbefragungen in den Berufsförderungswerken kurz skizziert werden. Im Anschluss daran wird die Konzeption der Nach-Nachbefragung 1998 und deren wichtigste Ergebnisse vorgestellt. Schließlich werden die Ergebnisse im Vergleich zu anderen Verbleibsstudien diskutiert und Möglichkeiten der Evaluation im

Bereich der beruflichen Rehabilitation erörtert. Zu guter Letzt wird eine theoretische Einordnung der zuvor skizzierten Fragen vorgeschlagen.

2 Entstehung und Entwicklung der „Nachbefragungen“ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke

Die Berufsförderungswerke haben sich von Anfang an dafür interessiert, was aus ihren ehemaligen Rehabilitanden nach Beendigung der Rehabilitationsmaßnahme wird. Die ersten „Nachbefragungen“ gehen auf Mitte der 60er Jahre zurück, als einzelne Berufsförderungswerke damit begannen, ihren Absolventen – zum Teil noch mittels Postkarten – einige wenige Fragen zur Beschäftigungssituation zu stellen. Die Befragungen wurden in Eigenregie durchgeführt und ausgewertet. Daher sind nur globale Aussagen über die Wiedereingliederung bis Ende der 70er Jahre möglich. So betrug von Mitte der 60er bis Anfang der 70er Jahre, als noch Vollbeschäftigung herrschte, die berufliche Wiedereingliederung fast durchweg 100 %. Danach ging sie mit dem Ende des „Goldenen Zeitalters“ (Hobsbawm 1995) kontinuierlich zurück, vorübergehend sogar bis 80 %, lag aber Ende der 70er Jahre wieder bei fast 90 %.

Ab 1980 wurden erstmals einheitliche Fragebogen bei den Nachbefragungen eingesetzt, die von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke entwickelt worden waren. Zwei verschiedene Erhebungsinstrumente standen zur Verfügung: ein Halbjahres-Bogen und einen Jahres-Nachbefragungsbogen. Mit dem Halbjahres-Bogen sollte der kurzfristige Wiedereingliederungserfolg sechs Monate nach Ausbildungsende, mit dem Jahres-Nachbefragungsbogen der mittelfristige Wiedereingliederungserfolg zwölf Monate nach Reha-Ende erfasst werden.

(1) Die *Halbjahres-Befragungen* dienten den Berufsförderungswerken als Frühindikator der beruflichen Wiedereingliederung. Da die Ergebnisse schnell veralteten, wurden sie nur BFW-intern, nicht jedoch auch auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke ausgewertet. Es liegen somit keine bundesweiten kurzfristigen Wiedereingliederungszahlen der Berufsförderungswerke vor.

(2) Der Fragenkatalog der *Jahres-Nachbefragungen* war erheblich umfangreicher. Neben Fragen zu soziodemografischen Merkmalen enthielt er Fragenkomplexe zur konkreten Arbeitsplatz- und Beschäftigungssituation, zur Situation der Erwerbslosen, zur allgemeinen Lebenssituation und Beurteilungsfragen. Die Jahres-Nachbefragungen wurden vor Ort von den einzelnen Berufsförderungswerken an alle Absolventen eines Kalenderjahres verschickt. Die Auswertung wurde jedoch zentral von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke durchgeführt. Sie erstellte sowohl Einzelauswertungen für die jeweiligen Berufsförderungswerke als auch bundesweite Gesamtauswertungen, in welche die Fragebogen aller Berufsförderungswerke eingingen. Damit liegen ab 1980 gemeinsame Zahlen für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke vor.

Wie der Abbildung 1 zu entnehmen ist, verläuft die Wiedereingliederung ein Jahr nach Reha-Ende wellenartig, und zwar in etwa spiegelverkehrter Weise zur Arbeitslosigkeit. Es gibt aber Abweichungen. So ist die Wiedereingliederung von 1983 bis 1988 von 63 % auf 77 % gestiegen, obwohl die Arbeitslosenquote im selben Zeitraum fast konstant geblieben ist. Auch zeigt ein Vergleich der beiden Wellentäler 1983 und 1995, dass die Wiedereingliederung 1995 mit 65 % besser ist

als 1983 mit 63 %, obwohl die Arbeitslosenquote 1995 mit 10,4 % höher lag als 1983 mit 9,1 %. Dies deutet darauf hin, dass es den Berufsförderungswerken trotz erschwelter Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt gelungen ist, ihre Absolventen wieder einzugliedern. Auf die vielfältigen weiteren Themen, die in den Jahres-Nachbefragungen behandelt wurden, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Sie werden später im Zusammenhang mit der Langzeituntersuchung 1998 behandelt.

(3) In den Jahren 1992/93 hat die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke erstmals eine sogenannte „Nach-Nachbefragung“ (auch „Langzeituntersuchung“ genannt) durchgeführt, mit der die langfristige berufliche Wiedereingliederung ermittelt werden sollte. Ziel der Rehabilitation ist es nicht nur, Behinderte in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern, sondern dies auch, wie es in § 1 Abs. 1 Rehabilitations-Angleichungsgesetz heißt, „möglichst auf Dauer“ zu gewährleisten. Neben der Quantität und Qualität ist daher für die Beurteilung des Erfolgs von Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation auch die Stabilität der beruflichen Wiedereingliederung von großer Bedeutung.

Ausgewählt wurden die Absolventenjahrgänge 1983, 1985 und 1987. Dafür waren vor allem drei Gründe maßgeblich:

- Man wollte weit zurückliegende Jahrgänge untersuchen.
- Die Arbeitslosenquote in dieser Zeit erreichte mit bundesweit um die 9 % ihren höchsten Stand.
- Die (mittelfristige) berufliche Wiedereingliederung fiel - wie sich aus Abbildung 1 entnehmen lässt - im Rezessionsjahr 1983 mit 63 % auf ihren niedrigsten Wert.

Die Langzeituntersuchung erbrachte unter anderem folgende wichtige Ergebnisse (siehe Abbildung 2; vgl. auch Beiderwieden / Wittwer 1994):

- Die langfristige berufliche Wiedereingliederungsquote liegt bei allen drei Absolventenjahrgängen mit 83 % – 84 % beträchtlich *über* den entsprechenden mittelfristigen Wiedereingliederungsquoten der Jahres-Nachbefragungen (mit

63 %, 74 % und 77 %).

- Die ehemaligen Rehabilitanden sind *dauerhaft* beruflich wieder eingegliedert, denn sie sind auch 6 bis 10 Jahre nach Abschluss der Ausbildung noch berufstätig.
- Die mittelfristige Wiedereingliederung der einzelnen Absolventenjahrgänge ist in hohem Maße abhängig von der Arbeitsmarktlage zum Ausbildungsende. Dagegen ist die langfristige berufliche Wiedereingliederung hiervon weitgehend unabhängig.
- Die unterschiedlichen mittelfristigen Wiedereingliederungsquoten (von 63 %, 74 % bzw. 77 %) sagen nichts über den letztendlich gleichmäßig hohen langfristigen Wiedereingliederungserfolg (vor 83 % bzw. 84 %) aus, sondern deuten auf eine unterschiedliche Geschwindigkeit bis zur Beschäftigungsaufnahme hin.
- * In einer relativ guten Arbeitsmarktsituation finden die Absolventen verhältnismäßig schnell eine Erwerbstätigkeit. Die Ergebnisse der Jahres-Nachbefragungen und der Langzeituntersuchung liegen in dieser Situation daher dicht beieinander.
- * In einer schlechten Arbeitsmarktsituation finden die Absolventen nicht derart schnell eine Stelle. Die Ergebnisse der Jahres-Nachbefragungen und der Langzeituntersuchung liegen dann verhältnismäßig weit auseinander.
- Der Wiedereingliederungsprozeß war bei allen drei Absolventen-Jahrgängen nach drei Jahren so gut wie abgeschlossen. Die Absolventen des Krisenjahres 1983 haben mithin nicht in den Aufschwungjahren am Ende der 80er Jahre ihre Beschäftigung gefunden, sondern bereits in den Jahren zwischen 1983 und 1986, also in Jahren mit nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit von über 9 %.

Insbesondere niedrigere mittelfristige Wiedereingliederungsquoten in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit können bei Nichtbeachtung dieser Erkenntnisse dazu führen, den langfristigen Wiedereingliederungserfolg zu unterschätzen. Ein schlechter Arbeitsmarkt verzögert zwar die berufliche Wiedereingliederung, verhindert sie aber nicht. Jahres-Nachbefragungen erfassen vor allem die „Geschwindigkeit“ des Wiedereinglie-

Abbildung 1: Entwicklung der mittelfristigen beruflichen Wiedereingliederung 1980 – 1995

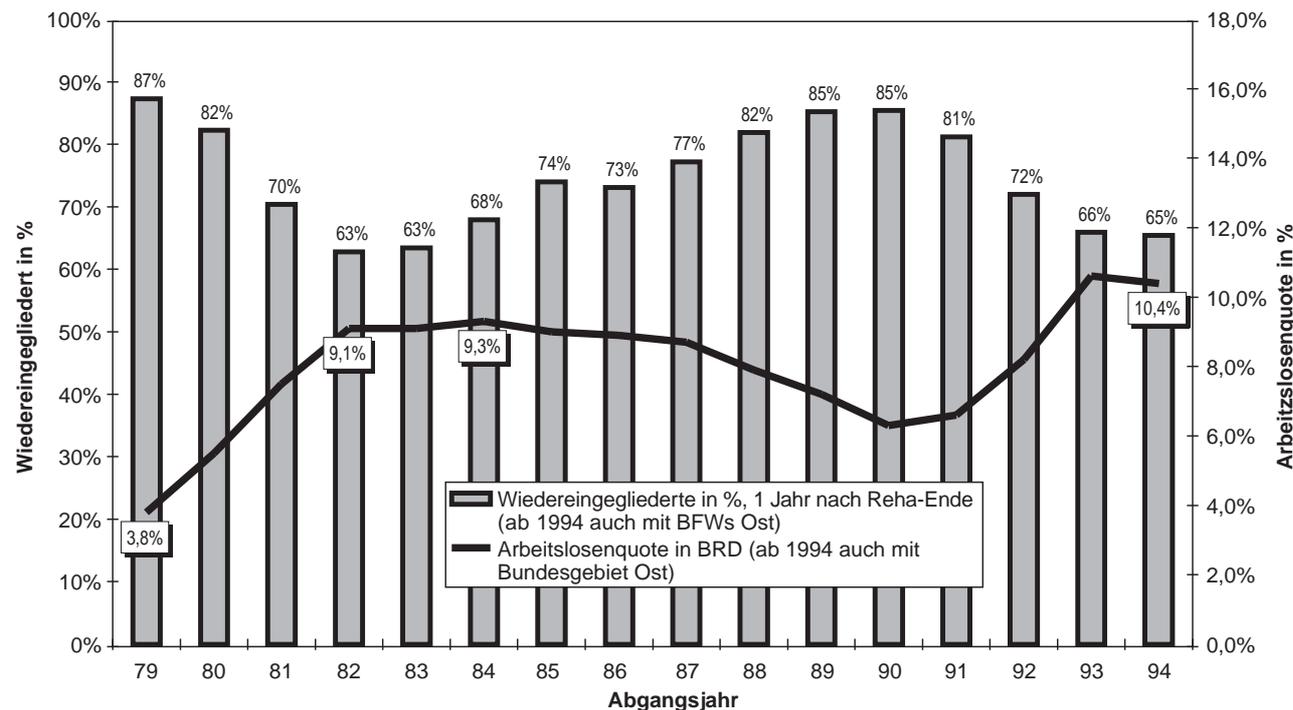
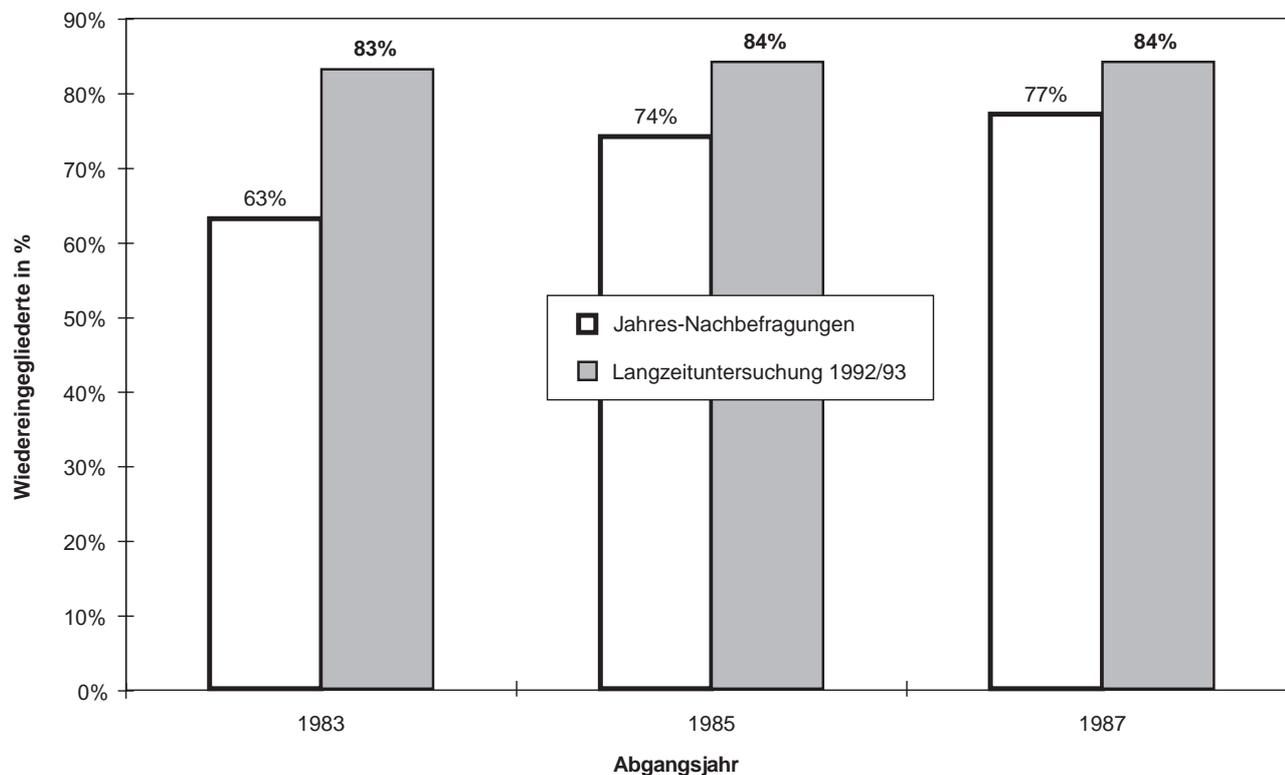


Abbildung 2: Mittel- und langfristige Wiedereingliederung der Absolventenjahrgänge 1983, 1985 und 1987, Langzeituntersuchung 1992/93



derungs-Prozesses. Sie sagen in einer angespannten Arbeitsmarktsituation nur wenig über die „letztendliche“ Wiedereingliederung aus.

Die Ergebnisse der Langzeituntersuchung 1992/93 führten dazu, dass die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke nach 1995 die Jahres-Nachbefragungen einstellte und stattdessen eine neue Langzeituntersuchung vorbereitete. Inzwischen hatte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt quasi „umgekehrt“. Während die Langzeituntersuchung 1992/93 noch in Zeiten des Vereinigungsbooms durchgeführt worden war (wobei Absolventen der Rezessionsjahre 1982/84/86 befragt wurden), so herrschte gegen Ende der 90er Jahre wieder eine hohe Arbeitslosigkeit. Andererseits hatten die zur Untersuchung anstehenden Absolventen von Beginn der 90er Jahre während einer relativ guten Arbeitsmarktsituation ihre Rehabilitation beendet. Damit stellte sich die zentrale Frage, ob die zuvor wiedergegebenen Ergebnisse der ersten Langzeituntersuchung auch unter den geänderten Bedingungen Geltung beanspruchen können.

3 Konzeptualisierung und Durchführung der Langzeituntersuchung 1998

Um die zuvor genannte zentrale Fragestellung zu beantworten, musste die Langzeituntersuchung weitgehend so konzeptualisiert werden, dass sie mit der ersten Langzeituntersuchung und den entsprechenden Jahres-Nachbefragungen kompatibel blieb. Dies bezog sich insbesondere auf die Erhebungsziele, die Konstruktion des Erhebungsinstruments, den Erhebungsumfang, die Erhebungsmethode und die Durchführung der neuen Langzeituntersuchung.

Bei den Nachbefragungen geht es den Berufsförderungswerken vor allem um vier Erkenntnisinteressen bzw. *Erhebungsziele*: (1) Es sollen die Ergebnisse der eigenen Arbeit nach in-

nen und außen dokumentiert werden. (2) Es soll ein permanentes Monitoring der Berufs- und Qualifizierungspalette ermöglicht werden. (3) Es sollen Veränderungen in der Arbeits- und Berufswelt an die Ausbildung zurückgemeldet werden. (4) Externe und interne Anfragen sollen beantwortet werden können.

Aus diesen Erkenntnisinteressen ergeben sich eine Vielzahl von Fragen, von denen jedoch nur ein Teil in den *Erhebungsbogen* aufgenommen werden konnte. Denn zum einen sollte der Fragebogen nicht zu lang ausfallen, um einen hohen Rücklauf zu erhalten. Ein hoher Rücklauf ist allein aus Akzeptanzgründen von Bedeutung. Zum Zweiten sollten die Fragen möglichst einfach und leicht verständlich formuliert werden, da die Befragung aus forschungsökonomischen Gründen schriftlich bzw. postalisch erfolgen sollte. In die Langzeituntersuchung wurden daher sechs Fragenkomplexe aufgenommen (siehe Tabelle 2).

Im Einzelnen ist zu den Fragenkomplexen und den zu Grunde liegenden Hypothesen Folgendes zu sagen:

zu 1) Von den soziodemografischen Merkmalen wird erwartet, dass sie auf die Wiedereingliederungs-Situation und deren Beurteilung einwirken. Sie sind in Anlehnung an die „Deutsche Standarddemographie“ gebildet worden (Ehling, M. u.a. 1992 : 29 ff). Nicht aufgenommen wurden die Art der Behinderung, der Familienstand und die Vorerwerbslosigkeit(sdauer), die in früheren Nachbefragungen noch erhoben worden sind. Bei der Behinderungsart hatte sich herausgestellt, dass hier häufig nicht auswertbare Antworten (wie „Kopfverletzung“ oder „Motorradunfall“) gegeben wurden. Der Familienstand, eine eher juristische Kategorie, hatte sich regelmäßig als nicht signifikant herausgestellt und ist daher durch die Form des Zusammenlebens, einer eher soziologische Kategorie, ersetzt worden. Nach der Vorerwerbslosigkeit(sdauer) ist in der Langzeituntersuchung 1998 nicht

Tabelle 2: Fragenkomplexe und Erhebungsmerkmale der Langzeituntersuchung 1998

<p>1) <i>Soziodemografische Merkmale u.Ä.:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Alter (bei Reha-Ende und zum Befragungszeitpunkt) • Geschlecht • Form des Zusammenlebens • Staatsangehörigkeit • Grad der Behinderung • Schulabschluss • berufliche Vorqualifikation • Ausbildungsabschluss, Berufssektor, Qualifikationsniveau • Postleitzahl → regionale Merkmale wie Arbeitsamtsbezirk etc.⁷ • Berufsförderungswerk • Abgangs- und Befragungsmonat/-jahr • Befragungswelle 	<p>2) <i>Gründe für berufliche Rehabilitation (außer der Behinderung):</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • vorher keine Berufsausbildung • vorher arbeitslos • beruflich weiterkommen • im Vorberuf unzufrieden • Beschäftigungsaussichten im Vorberuf ungünstig • keine Gründe außer der Behinderung
<p>3) <i>Wiedereingliederungs-Situation i.e.S.:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • seit Reha-Ende mindestens einmal erwerbstätig • zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig 	
<p>4) <i>Merkmale der Situation der Erwerbstätigen:</i></p> <p>Stabilität der Wiedereingliederung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zahl Arbeitsplatzwechsel bis zum Befragungszeitpunkt • Beschäftigungsdauer • Zeitraum zwischen Reha-Ende und Beschäftigungsbeginn bei 1. Stelle • Befristung • ABM <p>Qualität der Wiedereingliederung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigungsumfang • ausgeübte Tätigkeit • Ausbildungsgemäßheit der Beschäftigung • Art des für die jetzige Tätigkeit erforderlichen Ausbildungsabschlusses • Branche/Wirtschaftszweig • Beschäftigtenzahl • Abteilung • Arbeitsmittel (auch Software) • Qualifikationsanforderungen • Schwierigkeiten bei Arbeitsanfang • Behinderungsauswirkungen • Zufriedenheit mit Tätigkeit 	<p>5) <i>Merkmale der Situation der Nichterwerbstätigen:</i></p> <p>Gründe für derzeitige Nichterwerbstätigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Altersrente • Berufs-/Erwerbsunfähigkeitsrente • Krankheit • Fortbildung/Ausbildung • familiäre Aufgaben • Behinderung • Arbeitslosigkeit • Sonstiges
<p>6) <i>Evaluation der eigenen Rehabilitation durch die Befragten:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Beurteilung der beruflichen Rehabilitation • Situationsvergleich • Einkommensvergleich 	

⁷ Aus der Postleitzahl der Anschrift wurde in einem ersten Schritt mit Hilfe einer Zuordnungstabelle der Bundesanstalt für Arbeit die entsprechenden Arbeitsamtsbezirke, Kreise und andere Gebietseinheiten gebildet. In einem zweiten Schritt wurde den jeweiligen Gebietseinheiten regionale Arbeitsmarktkennziffern zugeordnet (wie Zahl der Arbeitslosen), aus denen zum Teil in einem dritten Schritt weitere regionale Arbeitsmarktindikatoren (wie Zahl der Arbeitslosen pro offener Stelle) gebildet wurden. Die regionalen Arbeitsmarktkennziffern wurden der Testversion der „REGARIS-CD 98“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung entnommen. Mit dem geplanten „Arbeitsmarkt-BerufsforschungsInformationssystem“ (ABIS) vom IAB dürften sich hier differenziertere Analysen realisieren lassen (Passenberger 1999 : 10). Siehe auch Anm. 14.

noch einmal gefragt worden, weil es sich um einen weit zurückliegenden Sachverhalt handelt.

zu 2) Auch bei den Reha-Gründen wird davon ausgegangen, dass sie einen Einfluss auf die Wiedereingliederungs-Situation im engeren Sinne (i.e.S.) ausüben können. So dürften zum Beispiel Rehabilitanden seltener wiedereingegliedert sein, die als Reha-Grund angaben, sie seien vorher arbeitslos gewesen.

zu 3) Bei der Ermittlung der eher quantitativen Seite der Wiedereingliederung lassen sich zwei Betrachtungsweisen unterscheiden: die Zeitraum- und die Zeitpunkt-Betrachtung. Bei der Zeitraum-Betrachtung werden alle Wiedereingegliederten innerhalb des Zeitraums zwischen Reha-Ende und Befragungszeitpunkt, bei der Zeitpunkt-Betrachtung dagegen nur die gezählt, die zum Zeitpunkt der Befragung eingegliedert sind.

zu 4) Bei der beruflichen Rehabilitation geht es nicht nur darum, die Behinderten in eine Beschäftigung zu vermitteln, sondern auch darum, dass dies dauerhaft gelingt und dass die Beschäftigung ausbildungsgemäß, behindertengerecht, befriedigend u. Ä. ist. Es geht also auch um Stabilität und Qualität der Wiedereingliederung. Insofern kann man hier von „Wiedereingliederungs-Situation im weiteren Sinne (i.w.S.)“ sprechen. Während mit den unter „4) Merkmale der Situation der Erwerbstätigen“ ersten fünf Spiegelstrichen die Stabilität der Wiedereingliederung erfasst werden soll, soll mit den folgenden Spiegelstrichen deren Qualität bestimmt werden.

zu 5) Bei den Merkmalen der Situation der Nichterwerbstätigen sollen verschiedene Formen der Nichterwerbstätigkeit ermittelt werden, da nur ein Teil der nicht wiedereingegliederten Absolventen arbeitslos ist.

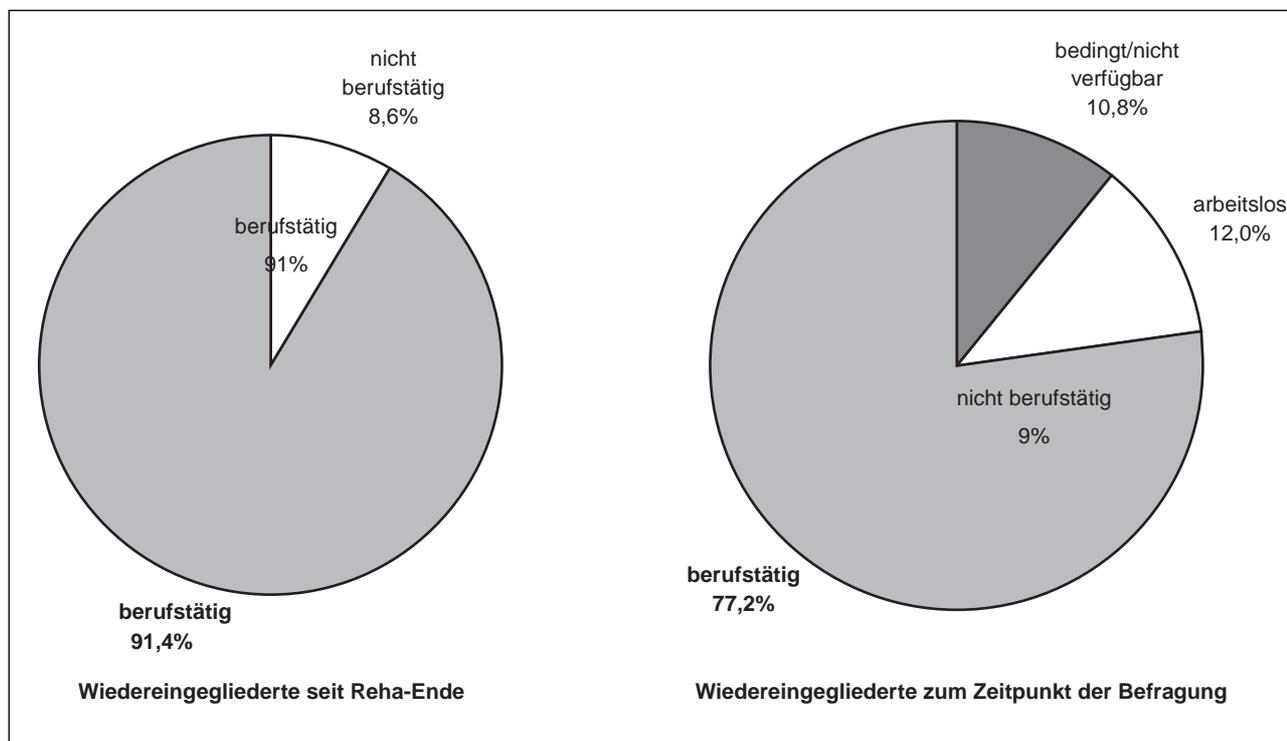
zu 6) Zum Schluss werden einige Fragen zur Evaluation der Rehabilitation durch die Absolventen gestellt.

An den Nachbefragungen ist kritisiert worden, der Erfolg der beruflichen Rehabilitation würde allein auf die Wiedereingliederung reduziert werden. Dies sei eine „verkürzte“ Sicht, die zwar den grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen entspräche, „ohne daß damit bereits ein Ansatz zur Operationalisierung der maßgeblichen ‚Zielgrößen‘ und deren ‚Erreichung‘ kenntlich gemacht wäre“ (Plath, H.-E. / König, P. / Jungkunst, M. 1996 : 248 f). Wie aber zuvor ausgeführt wurde, bezieht sich die Operationalisierung von „Wiedereingliederung“ in den Nachbefragungen nicht allein auf zwei Fragen zur Wiedereingliederungs-Situation i.e.S., sondern geht weit darüber hinaus (vgl. auch unten Abschnitt 4.2).

Bislang sind die Nachbefragungen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke vom *Erhebungsumfang* als Totalbefragungen all jener Absolventen konzipiert worden, die in einem bestimmten Jahr ihre berufliche Rehabilitation mit Erfolg beendet hatten. Befragt werden sollten daher in der Langzeituntersuchung 1998 – ähnlich wie bei der ersten Langzeituntersuchung – drei Absolventen-Jahrgänge, und zwar die von 1990, 1992 und 1994. Während die Absolventen von 1990 noch den Arbeitsmarkt während des Vereinigungsbooms betraten, hatte sich für die beiden anderen Absolventen-Jahrgängen die Situation bereits wieder erheblich verschlechtert (siehe Abbildung 1). Die Erhebungsphase sollte Anfang 1998 stattfinden.

Als *Erhebungsmethode* wurde die schriftliche Befragung gewählt. Der Fragebogenversand und die Rücklaufkontrolle wurden dezentral von den einzelnen Berufsförderungswerken

Abbildung 3: Wiedereingliederung nach der Zeitraum- und Zeitpunkt-Betrachtung



übernommen. Dabei waren einheitliche Hinweise zu beachten (wie drei Befragungswellen, Angaben zur Zahl der Angeschriebenen etc.). Es ist wiederholt diskutiert worden, ob die Abbrecher in Nachbefragungen einbezogen werden sollten, um so eine Kontrollgruppe zu erhalten. Es ist aber insbesondere deshalb davon Abstand genommen worden, weil es sich bei den Abbrechern um eine negative Auswahl von Rehabilitanden mit ungünstigeren Persönlichkeitsmerkmalen handelt (siehe dazu auch unten, Abschnitt 5).

An sich wäre es möglich gewesen, eine Paneluntersuchung durchzuführen, denn viele Absolventen hatten schon zuvor an den Jahres-Nachbefragungen teilgenommen. Weil jedoch die meisten Berufsförderungswerke bei den Jahres-Nachbefragungen noch nicht die Rehabilitandennummer eingetragen hatten, war davon auszugehen, dass sich eine Verknüpfung der Daten der Jahres-Nachbefragungen und der Langzeituntersuchung nur bei einem kleinen Teil der Antwort realisieren ließe.

Die Befragung der drei Absolventen-Jahrgänge von 1990, 1992 und 1994 wurde zu Beginn des Jahres 1998 durchgeführt. Insgesamt wurden 16186 ehemalige Rehabilitanden an-

geschrieben. Einen auswertbaren Fragebogen haben 59 % (9516) der Angeschriebenen zurückgeschickt.⁸

Zur Überprüfung der Repräsentativität wäre es erforderlich, über Angaben der Grundgesamtheit zu verfügen, um die Zahl der Angeschriebenen und der Antworter hinsichtlich wichtiger soziodemografischer Merkmale wie Geschlecht, Alter etc. zu vergleichen. Eine zwischen allen Berufsförderungswerken kompatible Teilnehmerstatistik ist im Rahmen einer „Gemeinsamen Datenerfassung“ aber erst im Aufbau begriffen, so dass dieser Weg noch nicht beschritten werden konnte. Es waren aber andere Wege möglich.

- Zum einen wurden die einzelnen Berufsförderungswerke – wie regelmäßig bei den Nachbefragungen – aufgefordert, Angaben über die Zahl der Angeschriebenen nach Abgangsjahren und Berufen zu machen. Berechnungen der Rücklaufquote ergaben, dass sich diese nicht zwischen den Absolventen-Jahrgängen, wohl aber zwischen den Berufsförderungswerken und den Berufen signifikant unterschieden.⁹ Diese Abweichungen sind aber letztlich nicht gravierend. Dies zeigt sich, wenn man die Antworter nach Abgangsjahr, Berufsförderungswerk und Ausbildungsberuf gewichtet. Es ändert sich dann die Wiedereingliederungs-Quote nur geringfügig von 77,2 auf 77,1 %.¹⁰

- Auch wenn noch keine Gemeinsame Datenerfassung auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke existiert, so liegen doch auf der Ebene der einzelnen Berufsförderungswerke Angaben über Merkmale der Angeschriebenen vor. So haben beispielsweise Untersuchungen in einem großen Berufsförderungswerk ergeben, dass sich hinsichtlich einer Reihe von Merkmalen keine signifikanten Unterschiede zwischen Angeschriebenen und Antwortern feststellen lassen. Es sind dies das Geschlecht, die schulische und berufliche Vorqualifikation, der Vorberuf, die Art der Behinderung, Schwerbehinderung, die Staatsangehörigkeit, die Vorerwerbssituation und der Herkunfts-Arbeitsamtsbezirk. Anzunehmen ist, dass das Antwortverhalten hinsichtlich die-

⁸ Zum Vergleich: Bei einer Befragung von jugendlichen Rehabilitanden, deren Reha-Ende vier bis fünf Jahre zurücklag, wurde eine Netto-Rücklaufquote von 63 % erreicht. Siehe dazu Plath / König / Jungkunst (1996 : 254). Bei der Langzeituntersuchung 1998 lag das Reha-Ende vier bis acht Jahre zurück.

⁹ Hierzu wurden Chi-Quadrat-Einzeltest der beobachteten und der erwarteten Antwortzahlen für die „großen“ Ausbildungsberufe (mit einer Antwortzahl von 100 oder höher) durchgeführt. Dies sind 18 von insgesamt 104 Ausbildungsberufe. Auf diese 18 Ausbildungsberufe entfallen 71,5 % aller Antworter. Bei drei der 18 Ausbildungsberufe (Industriemechaniker, Industriekaufmann und Verwaltungsangestellte) lag die beobachtete Antwortzahl signifikant über der erwarteten, bei den sonstigen Berufen signifikant darunter. Ähnlich waren bei drei Berufsförderungswerken negative, und bei fünf anderen positive signifikante Abweichungen zu verzeichnen.

¹⁰ Auch für alle anderen in Tabelle 2 genannten unabhängigen Variablen gibt es nur unbedeutende Abweichungen. Es wurde die „Soll-durch-Ist“-Gewichtungsprozedur angewendet. Siehe hierzu und zur Problematik von Gewichtungen Rothe (1990 : 36 ff).

Tabelle 3: Absolventen insgesamt sowie wiedereingegliederte Absolventen nach soziodemografischen Merkmalen und Reha-Gründen¹¹

Erhebungsmerkmal/ (unabhängige) Variable		Absolventen (abs. und in Spalten%)			wiedereingegliederte Absolventen (abs. und in % aller Absolventen)		
		1990	1992	1994	1990	1992	1994
1		2	3	4	5	6	7
<i>Alle Absolventen</i>	<i>(abs.)</i>	2756	3193	3572	2756	3193	3572
	<i>(in %)</i>	100,0%	100,0%	100,0%	80,8%	79,2%	72,7%
<hr/>							
Ausbildungsberufe (n ≥ 90; abs.)		2756	3193	3572	2756	3193	3572
Bürokaufmann/frau		12,4%	12,0%	13,7%	72,0%	65,3%	59,9%
Güteprüfer/in		4,1%	3,4%	3,7%	73,9%	71,8%	72,9%
Industrieelektroniker/in – Gerätetechnik		4,1%	5,7%	4,1%	83,9%	81,9%	81,6%
Industriekaufmann/-frau		12,7%	10,6%	14,2%	83,7%	75,5%	71,3%
Industriemechaniker/in - Geräte- u. Feinwerktechnik		4,5%	5,3%	3,0%	82,4%	84,0%	76,6%
Kommunikationselektroniker/in – Informationstechnik		10,5%	9,2%	9,1%	86,9%	83,7%	82,2%
Technische/r Zeichner/in		4,3%	4,9%	5,2%	80,5%	79,7%	73,7%
Verwaltungsfachangestellte/r		3,5%	2,9%	3,3%	87,4%	81,5%	59,3%
sonstige Fertigungsberufe		13,1%	11,2%	9,7%	79,0%	78,1%	69,4%
sonstige Technische Berufe		11,5%	13,5%	13,9%	84,2%	83,1%	79,8%
sonstige Dienstleistungsberufe		19,4%	21,2%	20,0%	79,9%	84,0%	74,4%
<hr/>							
<i>Qualifikationsniveau (abs.)</i>		2756	3193	3572	2756	3193	3572
Niveau unter Facharbeiterebene		3,4%	3,6%	4,5%	71,6%	73,0%	41,0%
Facharbeiterniveau		87,7%	86,2%	84,1%	80,4%	78,6%	72,7%
Fachschulniveau		7,1%	9,3%	9,5%	87,8%	87,2%	85,0%
Fachhochschulniveau		1,7%	0,9%	1,9%	91,5%	82,8%	89,7%
<hr/>							
<i>Wurde bei Ihnen ein Grad der Behinderung festgestellt? (abs.)</i>		2632	3049	3397	2632	3049	3397
nein		59,9%	62,0%	63,4%	84,1%	84,4%	75,9%
bis 30		5,6%	6,2%	5,9%	84,5%	82,1%	74,5%
30 bis unter 50		14,3%	13,7%	13,4%	81,3%	74,4%	75,1%
50 bis unter 80		13,1%	11,1%	11,9%	67,3%	67,3%	63,5%
80 bis 100		7,1%	7,0%	5,5%	72,0%	59,4%	50,0%
<hr/>							
<i>Alter (bei Reha-Ende) (abs.)</i>		2734	3173	3543	2734	3173	3543
bis 29		57,9%	53,1%	48,0%	83,9%	84,6%	77,9%
30 bis 39		29,0%	34,3%	37,9%	80,4%	76,8%	70,9%
40 bis 49		11,9%	11,8%	13,3%	70,7%	65,2%	61,9%
50 und älter		1,2%	0,8%	0,8%	46,7%	52,2%	50,0%
<hr/>							
<i>Geschlecht (abs.)</i>		2744	3181	3558	2744	3181	3558
männlich		76,4%	78,9%	76,4%	84,1%	80,9%	75,7%
weiblich		23,6%	21,1%	23,6%	70,1%	73,4%	63,1%
<hr/>							
<i>Form des Zusammenlebens (abs.)</i>		2704	3135	3505	2188	2492	2562
alleinlebend		30,0%	32,8%	37,2%	73,9%	71,8%	64,5%
mit PartnerIn zusammenlebend		70,0%	67,2%	62,8%	84,1%	83,3%	78,2%
<hr/>							
<i>Staatsangehörigkeit (abs.)</i>		2706	3115	3470	2706	3115	3470
deutsch		97,7%	97,7%	96,9%	80,8%	79,5%	72,9%
nichtdeutsch		2,3%	2,3%	3,1%	81,0%	73,6%	69,2%
<hr/>							
<i>Schulabschluss (abs.)</i>		2691	3101	3453	2691	3101	3453
Haupt- bzw. Volksschulabschluss		60,1%	63,3%	52,0%	81,6%	79,7%	75,3%
Realschulabschluss		28,5%	26,2%	26,4%	81,5%	81,3%	73,7%
Polytechnische Oberschule (POS)		0,6%	0,7%	10,7%	75,0%	81,8%	63,5%
Abitur/Hochschulreife		8,6%	7,6%	8,8%	73,6%	73,0%	68,3%
ohne Hauptschulabschluss		2,2%	2,2%	2,1%	81,4%	67,6%	68,5%
<hr/>							
<i>Berufsausbildung vor Reha-Beginn (abs.)</i>		2680	3087	3450	2680	3087	3450
keine Berufsausbildung		13,4%	12,6%	11,0%	72,5%	68,5%	58,0%
abgeschlossene Berufsausbildung (Lehre o.Ä.)		79,4%	81,3%	81,2%	82,1%	80,9%	74,5%
Fachschulabschluss (Meister u.Ä.)		5,5%	5,0%	5,9%	85,7%	83,7%	79,8%
Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss		1,6%	1,1%	1,9%	76,7%	73,5%	69,2%
<hr/>							
<i>Herkunfts-Bundesland (abs.)</i>		2608	3008	3347	2608	3008	3347
Schleswig-Holstein		5,0%	4,6%	3,2%	80,0%	76,8%	65,4%
Hamburg		2,6%	3,0%	3,4%	73,5%	83,3%	64,9%
Niedersachsen		11,5%	13,4%	12,2%	80,9%	76,8%	71,0%

noch Tabelle 3:

Erhebungsmerkmal/ (unabhängige) Variable	Absolventen (abs. und in Spalten%)			wiedereingegliederte Absolventen (abs. und in % aller Absolventen)		
	1990	1992	1994	1990	1992	1994
1	2	3	4	5	6	7
Bremen	0,5%	0,7%	0,6%	64,3%	47,6%	70,0%
Nordrhein-Westfalen	25,7%	26,8%	21,9%	79,3%	82,5%	72,6%
Hessen	9,0%	9,3%	8,3%	80,3%	75,0%	78,1%
Rheinland-Pfalz	8,1%	10,1%	8,4%	85,2%	79,2%	82,9%
Baden-Württemberg	16,7%	14,4%	13,5%	86,2%	82,2%	81,6%
Bayern	14,4%	11,0%	9,9%	85,3%	82,8%	77,6%
Saarland	0,9%	2,2%	1,5%	60,9%	77,3%	65,3%
Berlin	5,2%	3,9%	5,2%	63,0%	70,7%	60,0%
Brandenburg	0,2%	0,3%	0,7%	75,0%	50,0%	79,2%
Mecklenburg-Vorpommern		0,1%	1,6%		100,0%	68,5%
Sachsen	0,1%	0,1%	5,3%	100,0%	75,0%	61,4%
Sachsen-Anhalt		0,1%	1,9%		50,0%	45,3%
Thüringen	0,2%	0,1%	2,4%	60,0%	66,7%	65,4%
<i>Arbeitslose pro offener Stelle im Sept. des Abgangsjahrs im Wohnortsarbeitsamtsbezirk (abs.)</i>						
	2597	2985	3347	2597	2985	3347
bis unter 5	39,8%	36,4%	4,9%	84,5%	81,9%	81,2%
5 bis unter 8	28,3%	28,7%	22,2%	82,6%	80,8%	79,4%
8 bis unter 12	16,1%	23,1%	25,4%	79,1%	77,8%	74,1%
12 und höher	15,9%	11,7%	47,5%	70,5%	73,1%	68,3%
<i>Arbeitslosenquote 9/1998 im Herkunftskreis (abs.)</i>						
	2470	2888	2996	2470	2888	2996
bis unter 8	36,0%	33,2%	30,1%	85,4%	83,6%	82,3%
8 bis unter 10	29,0%	27,1%	25,0%	83,5%	79,7%	74,9%
10 bis unter 12	15,5%	18,2%	17,0%	80,8%	77,2%	71,5%
12 und höher	19,6%	21,4%	27,9%	73,5%	76,3%	66,9%
<i>Regionstyp (nach BFLR; abs.)</i>						
	2460	2868	2820	2460	2868	2820
Ballungsräume mit über 300 E/qkm	52,4%	52,1%	51,5%	79,2%	81,5%	72,7%
Verdichtungsräume mit über 150 E/qkm	31,7%	33,4%	32,7%	84,3%	78,5%	78,7%
ländliche Regionen mit über 100 E/qkm	7,1%	6,0%	6,7%	83,3%	79,7%	76,8%
periphere Regionen mit um 100 E/qkm	8,8%	8,4%	9,1%	87,6%	76,4%	73,6%
<i>Reha-Gründe (außer Behinderung): (Mehrfachantworten möglich) (abs.)</i>						
	2691	3118	3485	2691	3118	3485
vorher keine abgeschlossene Ausbildung	9,6%	9,1%	8,8%	77,1%	70,3%	58,8%
vorher arbeitslos	17,3%	14,9%	18,3%	72,0%	69,3%	59,7%
beruflich weiterkommen	30,2%	31,3%	34,5%	82,9%	80,6%	73,5%
im Vorberuf unzufrieden	17,9%	18,3%	17,8%	83,0%	84,4%	79,0%
Beschäftigungsaussichten im Vorberuf ungünstig	12,4%	10,3%	13,0%	82,4%	80,1%	67,4%
keine Gründe außer der Behinderung	49,2%	50,5%	45,2%	82,6%	80,2%	75,8%

¹¹ Im Folgenden ist, wenn von Wiedereingliederung die Rede ist, stets die Wiedereingliederung nach der Zeitpunkt-Betrachtung gemeint. Signifikante Abweichungen zwischen beobachteter und erwarteter Häufigkeit (auf dem 0,01 Signifikanzniveau) sind in der nachstehenden Tabelle hervorgehoben.

ser Merkmale bei anderen Berufsförderungswerken nicht viel anders ausfallen dürfte. Signifikante Unterschiede gab es – außer beim zuvor behandelten Ausbildungsberuf – beim Abgangsalter, dem Familienstand, der Unterbringung und dem Reha-Träger. Über dem Durchschnitt von 59 % geantwortet haben die älteren Absolventen (66 % der 41- bis 50-Jährigen gegenüber nur 56 % der 21- bis 30-Jährigen), Verheiratete (65 %), ehemalige Internatler (62 %) sowie Absolventen der Rentenversicherung (67 % gegenüber nur 56 % der der Bundesanstalt für Arbeit). Die zuletzt genannten Variablen Familienstand, Unterbringung und Reha-Träger werden aber durch das Abgangsalter bestimmt in dem Sinne, dass eher die älteren Absolventen verheiratet sind, im Internat wohnten oder die Rentenversicherung als Reha-Träger hatten. Es bleibt also, dass – abgesehen vom zuvor behandelten Ausbildungsberuf – in der Langzeituntersuchung 1998 die älteren Absol-

venten etwas überrepräsentiert sind. Da, wie noch zu zeigen sein wird, Ältere weniger gut wiedereingegliedert sind, dürfte die Langzeituntersuchung 1998 insofern die Wiedereingliederung eher unterschätzen.

• Da die Absolventen von 1990, 1992 und 1994 sowohl bei den Jahres-Nachbefragungen 1991, 1993 und 1995 als auch bei der Langzeituntersuchung 1998 angeschrieben wurden, ist es auch möglich, die Antworten bei diesen Befragungen zu vergleichen. Signifikante Unterschiede zeigten sich nur bei zwei Merkmalen, der Form des Zusammenlebens und der Schwerbehinderung. Es lebten jetzt mehr Absolventen zusammen, was dem üblichen Lebenszyklus entspricht, und es gaben mehr Absolventen als zuvor an, sie besäßen einen Schwerbehinderten-Ausweis. Zu vermuten ist, dass im Zeitraum zwischen einem Jahr nach Reha-Ende und dem Befragungszeitpunkt der Langzeituntersuchung 1998 doch noch einige Rehabilitanden sich als Schwerbehinderte haben anerkennen lassen. Darauf deutet hin, dass beim Absolventen-Jahrgang 1990 der Anteil der (anerkannten) Schwerbehinderten von 15,8 auf 20,2% stieg, während er sich beim Absol-

venten-Jahrgang 1992 lediglich von 16,0 auf 18,1 % und beim Absolventen-Jahrgang 1994 sogar nur von 16,0 auf 17,4 % erhöhte.

4 Ergebnisse der Langzeituntersuchung 1998

Im Folgenden sollen nun die wichtigsten Ergebnisse der Langzeituntersuchung 1998 vorgestellt werden. Dabei wird zunächst, weil dies im Vordergrund des Interesses steht, die Wiedereingliederungs-Situation der Absolventen behandelt.

4.1 Wiedereingliederungs-Situation (i.e.S.)

Insgesamt haben 91,4 % der Absolventinnen und Absolventen seit Ende ihrer Reha-Maßnahme eine Erwerbstätigkeit ausgeübt, haben also Steuern und Abgaben gezahlt. Zum Zeitpunkt der Befragung waren 77,2 % der Absolventen berufstätig (siehe Abbildung 3).

Nur ein Teil (12,0 %) der 22,8 % zum Zeitpunkt der Befragung nicht Wiedereingegliederten ist arbeitslos. Die übrigen 10,8 % standen dem Arbeitsmarkt nicht bzw. nur bedingt zur Verfügung.

4.1.1 Soziodemografische Merkmale und Reha-Gründe sowie deren Einfluss auf die berufliche Wiedereingliederung

Im Folgenden soll gefragt werden, welche Einflüsse die soziodemografischen Merkmale (wie Alter, Geschlecht, Behinderung etc.) und Reha-Gründe (siehe Tabelle 2) auf den Wiedereingliederungs-Erfolg ausüben. In Tabelle 3 sind für die wichtigsten soziodemografischen Merkmale und Reha-Gründe die univariaten Statistiken (Spalten 2 – 4) und die (bivariaten) Wiedereingliederungs-Quoten dokumentiert (Spalten 5 – 7).

Insgesamt lässt sich aus der Tabelle 2 ablesen:

1. Zwischen den Absolventen-Jahrgängen lassen sich bei fast allen Merkmalen signifikante Veränderungen erkennen. Der Anteil der unter 30-Jährigen (bei Reha-Ende) geht von 57,9 % auf 48,0 % zurück. Hingegen erhöht sich der Anteil der Alleinlebenden von 30,0 % auf 37,2 %. Dadurch, dass 1994 erstmals Absolventen ostdeutscher Berufsförderungswerke in größerer Zahl die berufliche Rehabilitation beendeten, schnellte in diesem Jahr der Anteil der Absolventen aus den neuen Bundesländern (ohne Berlin) von 0,4 % auf 11,9 % und mithin der Anteil der Absolventen mit POS-Abschluss von 0,6 % auf 10,7 % empor.¹²

2. Zwischen den Wiedereingliederungs-Quoten lassen sich bei *allen* Merkmalen (mit Ausnahme der Staatsangehörigkeit) signifikante Unterschiede feststellen. Signifikant besser eingegliedert sind insbesondere Absolventen ohne (anerkannte) Behinderung, unter 30-Jährige (bei Reha-Ende), Zusammenlebende und Absolventen aus Baden-Württemberg.

Mithilfe multivariater Analyseverfahren soll nun untersucht werden, welche dieser soziodemografischen Merkmale und Reha-Gründe einen entscheidenden Einfluss auf die berufliche Wiedereingliederung ausüben. Dazu wurden binäre logistische Regressionen für die einzelnen Absolventen-Jahrgänge durchgeführt. Diese statistische Prozedur wurde gewählt, weil die abhängige Variable (die Wiedereingliederung) ein

dichotomes Merkmal (binäres Ereignis) mit den Ausprägungen „wiedereingegliedert“ bzw. „nicht wiedereingegliedert“ darstellt und weil binäre logistische Regressionen gegenüber klassischen linearen Regressionen den Vorteil besitzen, dass die unabhängigen Variablen („Prädiktoren“) kein metrisches Niveau aufweisen müssen. Die nichtmetrischen, nominal- und ordinalskalierten, Variablen werden in $k - 1$ dichotome Dummy-Variablen zerlegt, wobei k die Zahl der Merkmalsausprägungen ist und die k -te Kategorie als Referenzkategorie bezeichnet wird. Die binären logistischen Regressionen wurden mit dem Statistikpaket SPSS gerechnet. Es wurde die gängige, schrittweise Analyseverfahren gewählt, bei der nicht alle Prädiktoren auf einmal aufgenommen werden, sondern nur diejenigen, deren prognostischer Beitrag im jeweiligen Schritt die höchste signifikante Verbesserung aufweist. Da die Prädiktoren untereinander im Allgemeinen voneinander abhängen, genügen meist schon wenige, um den Gesamteinfluss auszuschöpfen.

4.1.1.1 Absolventen-Jahrgang 1990

In der Tabelle 4 werden die Ergebnisse der binären logistischen Regression für den Absolventen-Jahrgang 1990 wiedergegeben. Sie enthält in Anlehnung an dem SPSS-Output

- in Spalte 1 die Prädiktoren,
- in den Spalten 2 und 3 die univariaten Statistiken und (bivariaten) Wiedereingliederungs-Quoten für den entsprechenden Prädiktor aus Tabelle 3,
- in Spalte 4 die ermittelten (Regressions-) Koeffizienten B bzw. „log odds“ zur Berechnung der erwarteten Wiedereingliederungschance,
- in Spalte 5 die Signifikanz des Prädiktors,
- in Spalte 6 die partielle Korrelation R zwischen dem Prädiktor und der abhängigen Variablen bzw. den Beitrag des jeweiligen Prädiktors zur logistischen Regression und
- in Spalte 7 die $\text{Exp}(B)$ bzw. „odd ratios“, die angeben, um wie viel die odds ansteigen bzw. abfallen, wenn man den betreffenden Prädiktor um Eins vergrößert, ohne dass die übrigen Prädiktoren sich ändern.

Wie man der Tabelle 4 entnehmen kann, erklären insbesondere sieben unabhängige Variablen die Wiedereingliederung: das Geschlecht, die Arbeitslosenquote 9/1998 im Herkunftskreis, die Form des Zusammenlebens, der Grad der Behinderung, das Alter (bei Reha-Ende), die Vorarbeitslosigkeit als Reha-Grund (außer Behinderung) und der Ausbildungsberuf.

Das *Geschlecht* weist mit 18,2 % die höchste partielle Korrelation R auf. Es ist somit der wichtigste Prädiktor für die Wiedereingliederung. Die Chance von Frauen, wiedereingegliedert gegenüber nicht wiedereingegliedert zu sein, beträgt etwa ein Viertel (0,28, siehe Spalte 8) im Vergleich zur Chance der Männer und ist somit erheblich schlechter. Dies Ergebnis muss verwundern, weil noch bei der Jahres-Nachbefragung 1991, bei der die Absolventen von 1990 bereits schon einmal befragt worden waren, Frauen mit 84,2 % nur geringfügig niedriger als Männer mit 85,8 % wiedereingegliedert waren. Was ist passiert? Differenziert man in der Langzeituntersuchung die nicht wiedereingegliederten Absolventen von 1990 weiter nach solchen, die arbeitslos waren, und solchen, die dem Arbeitsmarkt nicht oder nur bedingt zur Verfügung standen, so zeigt sich, dass (mit 8,7 %) fast genauso viele Frauen wie Männer (mit 8,4 %) arbeitslos, aber mit 21,2 % fast dreimal so viele Frauen wie Männer (mit 7,5 %) nicht bzw. nur bedingt verfügbar waren. Offensichtlich sind Frauen von 1991 bis 1998 aus der Beschäftigung in die Bedingt- bzw. Nicht-Verfügbarkeit gewechselt. 44,0 % der nicht erwerb-

¹² Der Anteil der Absolventen ohne Hauptschulabschluss ist mit gut 2 % sehr niedrig. Dies liegt daran, dass viele Rehabilitanden in den Berufsförderungswerken den Hauptschulabschluss nachgeholt haben.

Tabelle 4: Ergebnisse der logistischen Regression auf die Wiedereingliederung für den Absolventen-Jahrgang 1990

Prädiktoren/unabhängige Variablen	Anteil in %	Eingliederung	B	Sig	R	Exp(B)
1	2	3	4	5	6	7
Geschlecht: weiblich	23,6%	70,1%	-1,2562	0,0000	-0,1823	0,2847
Arbeitslosenquote 9/1998 im Herkunftskreis			-0,1042	0,0000	-0,1107	0,9010
Form des Zusammenlebens: zusammenlebend	70,0%	84,1%	0,5814	0,0000	0,0984	1,7886
Grad der Behinderung				0,0000	0,1042	
kein GdB	59,9%	84,1%	0,2497	0,0190	0,0407	1,2836
bis 30	5,6%	84,5%	0,4271	0,0707	0,0245	1,5328
30 bis unter 50	14,3%	81,3%	0,2503	0,0904	0,0203	1,2844
50 bis unter 80	13,1%	67,3%	-0,5549	0,0001	-0,0812	0,5741
Alter (bei Reha-Ende)			-0,0390	0,0000	-0,0939	0,9618
Reha-Grund (außer Behinderung): vorher arbeitslos	17,3%	72,0%	-0,5849	0,0000	-0,0867	0,5571
Ausbildungsberuf (n ≥ 90)				0,0009	0,0682	
Bürokaufmann/frau	12,4%	72,0%	-0,0691	0,6642	0,0000	0,9332
Güteprüfer/in	4,1%	73,9%	-0,6599	0,0060	-0,0512	0,5169
Industrieelektroniker/in – Gerätetechnik	4,1%	83,9%	-0,2796	0,3205	0,0000	0,7561
Industriekaufmann/-frau	12,7%	83,7%	0,1977	0,2854	0,0000	1,2186
Industriemechaniker/in – Geräte- u. Feinwerktechnik	4,5%	82,4%	0,0095	0,9740	0,0000	1,0095
Kommunikationselektroniker/in – Informationstechnik	10,5%	86,9%	-0,1350	0,4975	0,0000	0,8737
Technische/r Zeichner/in	4,3%	80,5%	-0,2378	0,3235	0,0000	0,7884
Verwaltungsfachangestellte/r	3,5%	87,4%	1,3412	0,0001	0,0778	3,8236
sonstige Fertigungsberufe	13,1%	79,0%	-0,3933	0,0126	-0,0447	0,6748
sonstige Technische Berufe	11,5%	84,2%	-0,0411	0,8199	0,0000	0,9597
Konstante			3,7498	0,0000		

stätigen Frauen gaben an, jetzt in ihrer Familie tätig geworden zu sein.

Dass es Zusammenhänge zwischen der regionalen Arbeitsmarktsituation und dem Wiedereingliederungs-Erfolg gibt, ist schon zuvor mit dem wellenförmigen Verlauf der Wiedereingliederung bei den Jahres-Nachbefragungen zwischen 1980 und 1995 thematisiert worden (siehe Abbildung 1). Auch die logistische Regression bestätigt diese Zusammenhänge. Absolventen aus Arbeitsamtsbezirken mit niedrigerer Arbeitslosenquote im Befragungsjahr 1998 sind im Durchschnitt besser wiedereingegliedert als die übrigen Absolventen. Interessant ist, dass Arbeitsmarktindikatoren wie die Arbeitslosenquote im Abgangsjahr 1990 in der logistischen Regression keine Beachtung fanden. Dies könnte damit zu tun haben, dass im Abgangsjahr 1990 noch bei 73,3 % der Absolventen die Arbeitslosenquote unter 8 % lag, im Befragungsjahr 1998 aber nur noch bei 36 % der Absolventen.

Merkwürdig mag auf den ersten Blick erscheinen, dass ein so privates Merkmal wie die Form des *Zusammenlebens* etwas mit dem Arbeitsmarktgeschehen zu tun haben soll. Nach der Theorie von Bourdieu über die verschiedenen Kapitalsorten könnte man dagegen annehmen, dass Zusammenlebende über mehr soziales Kapital im Sinne von Verbindungen, Empfehlungen u.Ä. verfügen. Eine Überprüfung dieser Hypothese anhand der Jahres-Nachbefragung der Absolventen von 1990 ergibt aber, dass dies nicht bestätigt werden kann. Es gaben zwar etwas mehr Zusammen- als Alleinlebende an (5,0 % gegenüber 3,9 %), sie hätten ihre erste Stelle „durch Bekannte/Verwandte/Beziehungen“ gefunden, doch ist dieser Zusammenhang nicht signifikant. Denkbar ist aber auch die Hypothese, dass Zusammenlebende sich in eine größere soziale Verantwortung eingebunden fühlen und sich daher intensiver

um eine Beschäftigung kümmern. Darauf deuten die Ergebnisse der Jahres-Nachbefragung der Absolventen 1990 hin. Zusammenlebende haben schneller ihre erste Beschäftigung gefunden, also vermutlich früher mit ihren Bewerbungen begonnen als Alleinlebende. So haben unmittelbar nach Reha-Ende 48,2 % der wiedereingegliederten Zusammenlebenden, aber nur 37,7 % der wiedereingegliederten Alleinlebenden begonnen zu arbeiten. Dies würde allerdings bedeuten, dass nicht die Form des Zusammenlebens an sich einen wesentlichen Einfluss auf den Wiedereingliederungserfolg ausübt, sondern dass dies vielleicht mit anderen, dahinter verborgenen Sachverhalten zusammenhängt (wie z.B. das Bewerbungs- und Mobilitätsverhalten).

Die berufliche Rehabilitation soll durch eine möglichst gute Qualifizierung der Behinderten dazu beitragen, die Nachteile der Behinderung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft auszugleichen. Dies gelingt der Rehabilitation in unterschiedlicher Weise. Insbesondere Behinderte mit einem höheren *Grad der Behinderung* haben es – wie die Ergebnisse der logistischen Regression für die Absolventen von 1990 zeigen – schwerer, aus der Qualifikation den gleichen Nutzen zu ziehen, wie Behinderte mit einem niedrigeren bzw. ohne offiziell anerkannten Behinderungsgrad. Hier können besondere Unterstützungsmaßnahmen, wie technische Hilfsmittel u.Ä., weiterhelfen. Immerhin konnten aber 67,3 % der Absolventen mit einem Behinderungsgrad von 50 bis unter 80 und sogar 72,0% der mit einem von 80 – 100 eine Erwerbstätigkeit finden.

Beim *Alter* (zum Befragungszeitpunkt) dürfte sowohl das biologische wie auch das soziale Alter bedeutsam sein. Ältere gaben nicht nur häufiger an, sie würden eine Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente beziehen, sondern auch, sie seien arbeitslos.

Tabelle 5: Ergebnisse der logistischen Regression auf die Wiedereingliederung für den Absolventen-Jahrgang 1992

Prädiktoren/unabhängige Variablen	Anteil in %	Einglie- derung	B	Sig	R	Exp(B)
1	2	3	4	5	6	7
Grad der Behinderung				0,0000	0,1462	
kein GdB	62,0%	84,4%	0,5571	0,0000	0,1162	1,7457
bis 30	6,2%	82,1%	0,3901	0,0297	0,0326	1,4771
30 bis unter 50	13,7%	74,4%	0,0270	0,8264	0,0000	1,0274
50 bis unter 80	11,1%	67,3%	-0,2347	0,0598	-0,0245	0,7908
Alter (bei Reha-Ende)			-0,0570	0,0000	-0,1350	0,9446
Form des Zusammenlebens: zusammenlebend	67,2%	83,3%	0,6342	0,0000	0,1082	1,8854
Geschlecht: weiblich	21,1%	73,4%	-0,5822	0,0000	-0,0792	0,5587
Ausbildungsberuf (n ≥ 90)				0,0004	0,0688	
Bürokaufmann/frau	12,0%	65,3%	-0,4847	0,0006	-0,0620	0,6159
Güteprüfer/in	3,4%	71,8%	-0,2194	0,3460	0,0000	0,8030
Industrielektroniker/in – Gerätetechnik	5,7%	81,9%	0,0412	0,8581	0,0000	1,0421
Industriekaufmann/-frau	10,6%	75,5%	-0,1840	0,2518	0,0000	0,8320
Industriemechaniker/in - Geräte- u. Feinwerktechnik	5,3%	84,0%	0,2437	0,3347	0,0000	1,2760
Kommunikationselektroniker/in – Informationstechnik	9,2%	83,7%	0,0608	0,7392	0,0000	1,0627
Technische/r Zeichner/in	4,9%	79,7%	-0,1409	0,5206	0,0000	0,8686
Verwaltungsfachangestellte/r	2,9%	81,5%	0,3242	0,2708	0,0000	1,3829
sonstige Fertigungsberufe	11,2%	78,1%	-0,1892	0,2314	0,0000	0,8276
sonstige Technische Berufe	13,5%	83,1%	0,1156	0,4515	0,0000	1,1225
Reha-Grund (außer Behinderung): vorher arbeitslos	14,9%	69,3%	-0,4996	0,0003	-0,0659	0,6068
Herkunftsbundesland				0,0021	0,0566	
Schleswig-Holstein	4,6%	76,8%	-0,0401	0,8542	0,0000	0,9607
Hamburg	3,0%	83,3%	0,4543	0,1376	0,0089	1,5751
Niedersachsen	13,4%	76,8%	0,0266	0,8572	0,0000	1,0270
Nordrhein-Westfalen	26,8%	82,5%	0,3244	0,0125	0,0406	1,3832
Hessen	9,3%	75,0%	-0,4740	0,0022	-0,0536	0,6225
Rheinland-Pfalz	10,1%	79,2%	-0,0521	0,7616	0,0000	0,9492
Baden-Württemberg	14,4%	82,2%	0,0012	0,9938	0,0000	1,0012
Bayern	11,0%	82,8%	0,2713	0,1340	0,0098	1,3117
Arbeitslose pro offener Stelle im Abgangsjahr			-0,0533	0,0018	-0,0547	0,9481
Regionstyp				0,0059	0,0502	
Ballungsräume mit über 300 E/qkm	52,1%	81,5%	0,3608	0,0007	0,0607	1,4345
Verdichtungsräume mit über 150 E/qkm	33,4%	78,5%	0,0176	0,8655	0,0000	1,0177
ländliche Regionen mit über 100 E/qkm	6,0%	79,7%	-0,3566	0,0499	-0,0268	0,7001
Konstante			2,9251	0,0000		

Absolventen, die als Reha-Grund (außer der Behinderung) nannten, sie seien vor Reha-Beginn arbeitslos gewesen, haben eine niedrigere Wiedereingliederung erreicht als die übrigen. Hiermit tritt neben der Arbeitslosenquote 1998 ein weiterer Prädiktor hervor, der mit Arbeitslosigkeit zu tun hat. Während es sich aber bei der Arbeitslosenquote 1998 um ein überindividuelles bzw. Kontextmerkmal handelt, ist dies aber beim Merkmal *Reha-Grund: vor Reha-Beginn arbeitslos* nicht so eindeutig der Fall.¹³ Denkbar ist, dass hier auch persönliche Gründe eine Rolle spielen. Denkbar ist aber auch, dass der Indikator Arbeitslosenquote 1998 noch zu „grob-schlächtig“ ist und nur einen Teil der Kontextfaktoren erklärt. So können beispielsweise trotz hoher Arbeitslosenquote im

Arbeitsamtsbezirk für eine Reihe von Berufen durchaus günstige Einstellungschancen bestehen.¹⁴

Auch der Ausbildungsberuf übt einen Einfluss auf die Wiedereingliederung aus, wenn auch die partielle Korrelation nur noch 6,8 % beträgt. Es sind nur zwei Berufe, die signifikant auffallen. Absolventen des Berufs Güteprüfer haben etwas niedrigere, dagegen Absolventen des Berufs Verwaltungsfachangestellter etwas günstigere Wiedereingliederungschancen. Dagegen wirkt sich der Beruf Bürokaufmann nicht nachteilig aus, obwohl er von den in Tabelle 3 dokumentierten Berufen mit 72,0 % die niedrigste Wiedereingliederungs-Quote aufweist. Zu vermuten ist, dass hier nicht der Beruf an sich, sondern die Teilnehmerzusammensetzung in diesem Beruf das Ergebnis verursacht hat. So waren 49,4 % der Bürokaufleute Frauen und 21,7 % hatten einen Grad der Behinderung von 50 bis unter 80.

Interessant sind nicht nur die Variablen, die einen entscheidenden Einfluss auf die Wiedereingliederung ausüben, sondern auch diejenigen, auf die das nicht zutrifft. Dies sind ins-

¹³ In den Jahres-Nachbefragungen ist auch danach gefragt worden, inwieweit die Absolventen bis zu Beginn der BFW-Ausbildung berufstätig waren. 62,3 %, 54,7 % bzw. 57,5 % der Absolventen von 1990, 1992 bzw. 1994 verneinten die Frage. Davon waren (bezogen auf alle Absolventen) 34,9 %, 31,1 % bzw. 28,3 % länger als ein Jahr nicht berufstätig.

¹⁴ Von daher wäre es wichtig, dass die regionalen Arbeitsmarktindikatoren in ABIS weiter nach Berufen, Wirtschaftszweigen etc. differenziert werden (vgl. auch Anm. 7).

Tabelle 6: Ergebnisse der logistischen Regression auf die Wiedereingliederung für den Absolventen-Jahrgang 1994

Prädiktoren/unabhängige Variablen	Anteil in %	Eingliederung	B	Sig	R	Exp(B)
1	2	3	4	5	6	7
Form des Zusammenlebens: zusammenlebend	62,8%	62,8%	0,6884	0,0000	0,1225	1,9906
Alter (bei Reha-Ende)			-0,0472	0,0000	-0,1099	0,9539
Qualifikationsniveau				0,0000	0,1045	
Niveau unter Facharbeiterebene	4,5%	41,0%	-1,1773	0,0000	-0,1046	0,3081
Facharbeiterniveau	84,1%	72,7%	-0,0898	0,5408	0,0000	0,9141
Fachschulniveau	9,5%	85,0%	0,6850	0,0009	0,0566	1,9837
Arbeitslosenquote 9/1998 im Herkunftskreis			-0,0773	0,0000	-0,0824	0,9256
berufliche Vorqualifikation				0,0001	0,0745	
keine Berufsausbildung	11,0%	58,0%	-0,6216	0,0000	-0,0743	0,5371
abgeschlossene Berufsausbildung (Lehre o.Ä.)	81,2%	74,5%	-0,1523	0,2224	0,0000	0,8587
Fachschulabschluss (Meister u.Ä.)	5,9%	79,8%	0,6021	0,0046	0,0465	1,8259
Ausbildungsberuf (n ≥ 90)				0,0001	0,0734	
Bürokaufmann/frau	13,7%	59,9%	-0,3923	0,0050	-0,0458	0,6755
Güteprüfer/in	3,7%	72,9%	0,5434	0,0608	0,0233	1,7218
Industrieelektroniker/in – Gerätetechnik	4,1%	81,6%	0,3443	0,1486	0,0056	1,4110
Industriekaufmann/-frau	14,2%	71,3%	-0,0816	0,5756	0,0000	0,9216
Industriemechaniker/in - Geräte- u. Feinwerktechnik	3,0%	76,6%	0,5519	0,0910	0,0175	1,7365
Kommunikationselektroniker/in – Informationstechnik	9,1%	82,2%	0,1929	0,2884	0,0000	1,2128
Technische/r Zeichner/in	5,2%	73,7%	-0,2674	0,1530	-0,0039	0,7653
Verwaltungsfachangestellte/r	3,3%	59,3%	-0,5285	0,0204	-0,0347	0,5895
sonstige Fertigungsberufe	9,7%	69,4%	-0,2073	0,1667	0,0000	0,8128
sonstige Technische Berufe	13,9%	79,8%	-0,4139	0,0133	-0,0384	0,6611
Grad der Behinderung				0,0006	0,0647	
kein GdB	63,4%	75,9%	0,1721	0,0515	0,0253	1,1878
bis 30	5,9%	74,5%	0,2045	0,2420	0,0000	1,2269
30 bis unter 50	13,4%	75,1%	0,3643	0,0059	0,0447	1,4395
50 bis unter 80	11,9%	63,5%	-0,2244	0,0847	-0,0187	0,7990
Geschlecht: weiblich	23,6%	63,1%	-0,4416	0,0005	-0,0604	0,6430
Reha-Grund (außer Behinderung): vorher arbeitslos	18,3%	59,7%	-0,4474	0,0008	-0,0571	0,6393
Konstante			3,3989	0,0000		

besondere die Staatsangehörigkeit, der Schulabschluss, die berufliche Vorqualifikation, das Berufsförderungswerk und die meisten Reha-Gründe. Dass der Schulabschluss und die berufliche Vorqualifikation so wenig bedeutsam sind, kann man so interpretieren, dass die berufliche Rehabilitation hier kompensatorisch gewirkt hat.

4.1.1.2 Absolventen-Jahrgang 1992

Beim Absolventen-Jahrgang 1992 ergibt die logistische Regression nicht derart hohe partielle Korrelationen R zwischen den Prädiktoren und der Wiedereingliederung wie zuvor beim Absolventen-Jahrgang 1990 (siehe Tabelle 5).

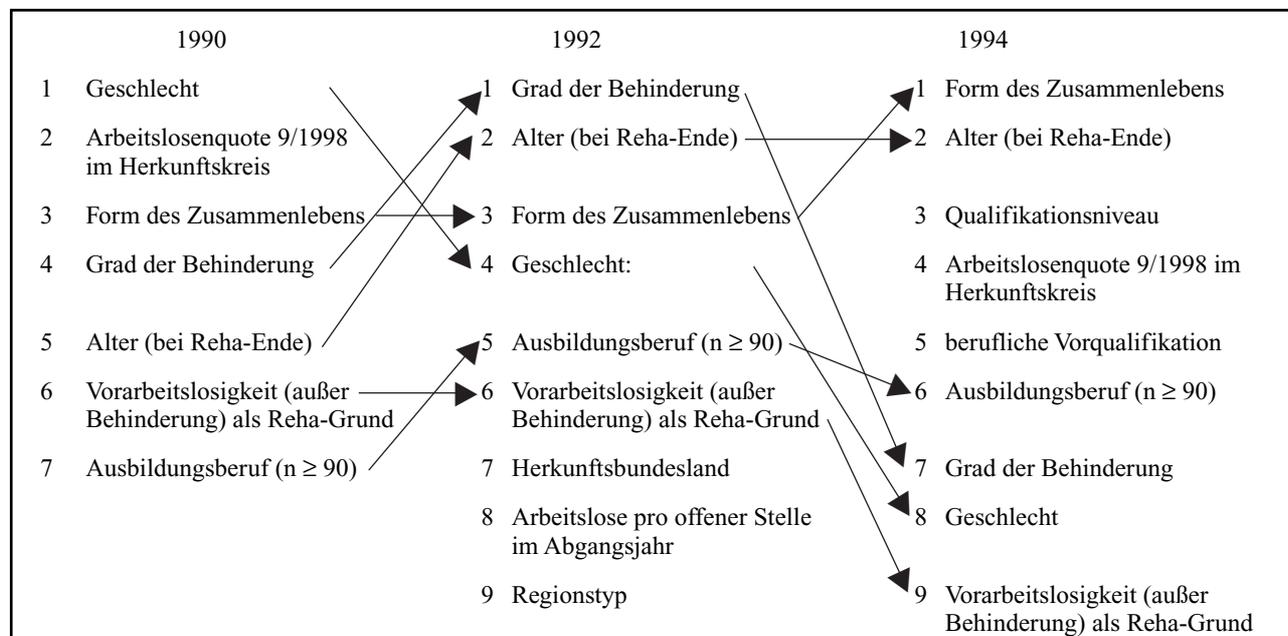
Insgesamt üben neun Prädiktoren einen signifikanten Einfluss auf die Wiedereingliederung aus: Grad der Behinderung, Alter (bei Reha-Ende), Form des Zusammenlebens, Geschlecht, Ausbildungsberuf (n ≥ 90) und hier insbesondere der Beruf „Bürokaufmann“, Vorarbeitslosigkeit als Reha-Grund (außer Behinderung), Herkunftsbundesland und hier insbesondere das Land „Hessen“, Arbeitslose pro offener Stelle im Abgangsjahr, Regionstyp und hier insbesondere der Typ „Ballungsräume mit über 300 E/qkm“.

Gegenüber dem Absolventen-Jahrgang 1990 fällt auf, dass der Grad der Behinderung und das Alter nun die größten Effekte haben, das Geschlecht aber an Einfluss verliert, wohl weil nicht so viele Frauen in Familientätigkeit gewechselt sind. Die Form des Zusammenlebens, der Ausbildungsberuf und die Vorarbeitslosigkeit (außer Behinderung) als Reha-Grund verändern sich nur wenig. Dagegen gibt es Veränderungen bei den regionalen Kontextmerkmalen. Die Arbeitslosenquote 1998 verschwindet, wofür drei neue Indikatoren erscheinen, allerdings mit geringer partieller Korrelation R. Danach haben insbesondere Absolventen aus Hessen und aus Ballungsräumen höhere und Absolventen aus Arbeitsamtsbezirken mit höherer Zahl an Arbeitslosen pro offener Stelle niedrigere Wiedereingliederungschancen.

4.1.1.3 Absolventen-Jahrgang 1994

Für den Absolventen-Jahrgang 1994 ergibt die logistische Regression, dass – wie zuvor beim Absolventen-Jahrgang 1992 – neun Prädiktoren die Wiedereingliederungs-Chancen signifikant bestimmen (siehe Tabelle 6). Gegenüber dem Absolventen-Jahrgang 1992 ist nun die Form des Zusammenlebens der Prädiktor mit der höchsten partiellen Korrelation, das Al-

Abbildung 4: Prädiktoren des Wiedereingliederungserfolges



ter verändert sich vom Rang her nicht, dagegen erscheint erstmals das Qualifikationsniveau als Prädiktor. Insbesondere das Niveau unter der Facharbeiterebene wirkt sich negativ auf die Wiedereingliederungs-Chancen aus, dagegen das Facharbeiterniveau, wenn auch in geringerem Maße, positiv. Die Arbeitslosenquote 1998, die schon beim Absolventen-Jahrgang 1990 eine wichtige Rolle spielte, ist jetzt wieder von Bedeutung. Neu ist die berufliche Vorqualifikation. Keine Berufsausbildung vor Reha-Beginn wirkt sich signifikant negativ, ein Fachschulabschluss positiv auf die Wiedereingliederungs-Chancen aus. Ähnlich wie beim Absolventen-Jahrgang 1992 beeinträchtigt der Ausbildungsberuf Bürokaufmann die Reintegration. Dem Grad der Behinderung, dem Geschlecht und der Vorarbeitslosigkeit als Reha-Grund (außer der Behinderung) kommt nur noch ein schwacher Einfluss zu.

4.1.1.4 Fazit der binären logistischen Regressionen

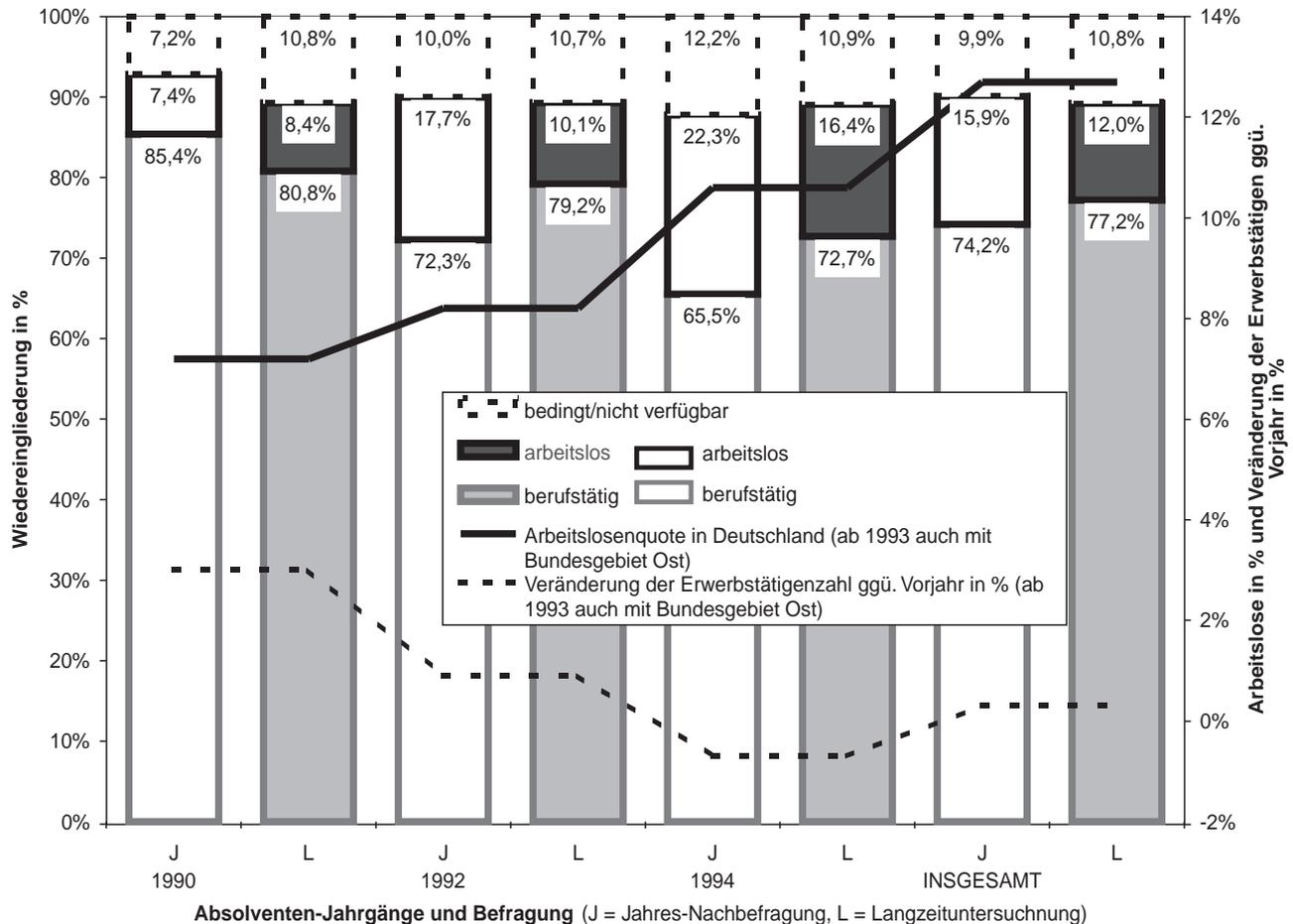
In Abbildung 4 sind noch einmal die wichtigsten Ergebnisse der logistischen Regressionen zusammengefasst worden. Deutlich wird, dass – wenn auch in unterschiedlichem Grade – bei allen drei Absolventen-Jahrgängen die Form des Zusammenlebens, das Alter, das Geschlecht, der Grad der Behinderung, die Vorarbeitslosigkeit als Reha-Grund (außer der Behinderung) und regionale Kontextmerkmale (wie die Arbeitslosenquote im Herkunftskreis) als Prädiktoren des Wiedereingliederungserfolges eine Rolle spielen. Dass die Form des Zusammenlebens von derartiger Wichtigkeit ist, mag überraschen, da dieses Merkmal scheinbar wenig mit dem Arbeitsmarktgeschehen zu tun hat und in anderen Verbleibsstudien nicht zu finden ist. Es weist auf die große und bislang wenig erforschte Bedeutung der „weichen“ Merkmale für die Wiedereingliederung hin. Die Rolle des Alters deckt sich mit vielen anderen Untersuchungen (vgl. zum Beispiel Blaschke/König 1992; Zängle/Trampusch 1997). Der Einfluss des Geschlechts ist vom Befragungszeitpunkt abhängig. Je größer der Zeitraum zwischen Reha-Ende und Befragungszeitpunkt, desto wichtiger ist das Geschlecht für die Wiedereingliederung, wohl weil viele Frauen in die Familientätigkeit gewechselt sind. Die binären logistischen Regressionen zeigen auch Zusammenhänge zwischen regionalen Kontextfaktoren

und dem Wiedereingliederungs-Erfolg auf. Dies gilt vor allem für das Merkmal „Arbeitslosenquote 9/1998 im Herkunftskreis“ bei den Absolventen-Jahrgängen 1990 und 1994. Insgesamt müssten die regionalen Arbeitsmarktindikatoren aber noch weiter differenziert werden, um hier eindeutige Zusammenhänge aufzuweisen.

Die Frage, ob die Wiedereingliederung eines Absolventen gelingt, kann von weitaus mehr Faktoren abhängen, als den in den Nachbefragungen erhobenen. Zu nennen sind hier zum Beispiel: das Rekrutierungs- und Einstellungsverhalten der Betriebe, das Bewerbungsverhalten der Absolventen, deren Aussehen und Auftreten bis hin zu zufälligen Ereignissen. Hinzu kommen zwei Entwicklungen der letzten Jahre. Die Betriebe wollen zumeist Mitarbeiter mit einer makellosen Vita, zunehmend mehr Rehabilitanden können aber nicht mehr eine Standardbiografie vorweisen, sondern allenfalls eine „Bastelbiografie“ (Beck 1996). Zum Zweiten haben immer mehr Rehabilitanden mit Problemen in ihren Lebenszusammenhängen zu tun, wie zum Beispiel Wohn-, Beziehungs-, Sucht-, Lernprobleme, Überschuldung¹⁵ u.Ä. Diese eher „weichen“ Merkmale und „Bastelbiografien“ lassen sich mit Antworten auf Fragen nach „harten“ soziodemografischen Merkmalen nur unzureichend erfassen. Es gibt also noch zahlreiche „Einflussfaktoren“, deren Kausalzusammenhänge zudem noch eingehender theoretisch durchdrungen werden müssten. In den Nachbefragungen können zusätzlichen Variablen nicht erhoben werden, weil der Nachbefragungsbogen allein aus Akzeptanzgründen nicht länger werden soll. Die Berufsförderungswerke versuchen daher im Rahmen der „Gemeinsamen Datenerfassung“, einen Teil dieser Merkmale vor und während der Reha-Maßnahme in mündlichen und schriftlichen Befragungen zu erheben und durch Datenverknüpfungen mit den Nachbefragungen zusammenzuführen.

¹⁵ Unter dem Titel „Schuldnerberatung im Berufsförderungszentrum Essen e.V.“ heißt es beispielsweise im BFZ-Info 2.95: „Es ist davon auszugehen, daß der größte Teil der Teilnehmer/-innen im Hause überschuldet ist“. „Individuelle Auswege aus diesem Dilemma führen oft in die Schwarzarbeit“.

Abbildung 5: Wiedereingliederung nach Absolventen-Jahrgängen (1990, 1992 und 1994) sowie Befragung (J = Jahres-Nachbefragung, L = Langzeituntersuchung 1998)



4.1.2 Die Wiedereingliederung der einzelnen Absolventenjahrgänge

Mit Hilfe der logistischen Regressionen ist untersucht worden, welche Faktoren innerhalb der einzelnen Absolventen-Jahrgänge einen Einfluss auf die Wiedereingliederung ausüben. Damit ist aber noch nicht erklärt, wodurch es zu den Veränderungen zwischen den Absolventen-Jahrgängen kommt. Vergleicht man die Wiedereingliederung bei der Langzeituntersuchung 1998 zwischen den einzelnen Absolventen-Jahrgängen, so fällt auf, dass die Absolventen-Jahrgänge von 1990 und 1992 fast gleich gut wiedereingegliedert sind (mit 80,8 % bzw. 79,2 %), der Absolventen-Jahrgang von 1994 dagegen etwas zurückbleibt (mit 72,7 %). Hierin dürfte sich die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Tatsache ausdrücken, dass erstmals 1994 in größerer Anzahl Absolventen aus ostdeutschen Berufsförderungswerken ihre Rehabilitation beendeten. Anzunehmen ist aber auch, dass die ungünstigere Zusammensetzung der Gruppe der Absolventinnen und Absolventen von 1994 hier eine Rolle spielt. Diese Annahme ist mithilfe einer linearen multiplen Regression überprüft worden. Dazu wurden für die einzelnen Berufe gewichtete Prozentdifferenzen zwischen den Absolventen-Jahrgängen 1992 und 1994 für die Wiedereingliederung, die soziodemografischen Merkmale und die Reha-Gründe gebildet. Es zeigte sich, dass insbesondere die Veränderung der Variablen „Arbeitslosenquote im Abgangsjahr im Herkunftskreis“, „Wohnort in Ostdeutschland“ und „Alter bei Maßnahmente“ mit der Veränderung der Wiedereingliederung korrelieren.

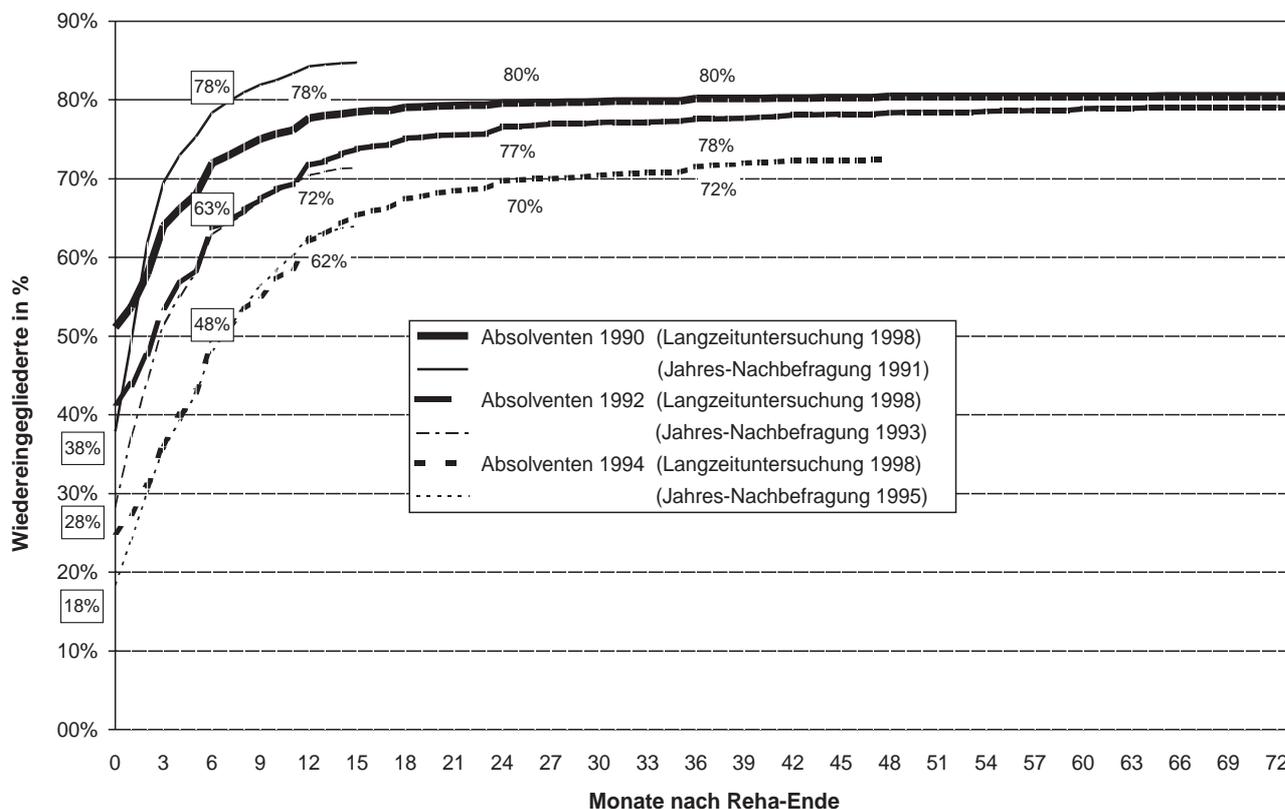
4.1.3 Veränderung der Wiedereingliederung zwischen Jahres-Nachbefragungen und Langzeituntersuchung 1998

Interessant ist auch ein Vergleich, wie sich die Wiedereingliederung der einzelnen Absolventen-Jahrgänge von den jeweiligen Jahres-Nachbefragungen zur „Langzeituntersuchung 1998“ verändert hat („J-L-Vergleich“; siehe Abbildung 5).

Bei den Absolventen von 1990 ist die Wiedereingliederung leicht (um 4,6 Prozentpunkte) zurückgegangen. Dagegen ist sie bei den Absolventen von 1992 um 6,9 Prozentpunkte und bei denen von 1994 sogar um 7,2 Prozentpunkte gestiegen.

- Die Absolventen von 1990 waren bei der Jahres-Nachbefragung 1991 mit 85,4 % vor allem deshalb so gut wiedereingegliedert, weil – infolge des Vereinigungsbooms – die Arbeitslosenquote im Jahr 1990 bei nur 7,2 % lag und weil in diesem Jahr ein starkes Beschäftigungswachstum von 3 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war. Das Ergebnis von 85,4 % Wiedereingegliederten ist bei Jahres-Nachbefragungen das höchste, wenn man von den Absolventen von 1979 und 1991 absieht, die 87,3 % bzw. 85,4 % erreichten. In den Jahren nach 1990 ist die Arbeitslosenquote gestiegen und die Beschäftigung zurückgegangen. Dies mag ein Grund dafür sein, dass die hohe Wiedereingliederungs-Quote von 85,4 %, die bei der Jahres-Nachbefragung ermittelt wurde, bei der „Langzeituntersuchung 1998“ nicht wieder erreicht werden konnte, sondern etwas niedriger, bei 80,8 % lag. Hinzu kommt, dass insbesondere Frauen aus der Beschäftigung in

Abbildung 6: Wiedereingliederungs-Kurven nach Absolventen-Jahrgängen bei der „Langzeituntersuchung 1998“ und den entsprechenden Jahres-Nachbefragungen



die Bedingt- bzw. Nicht-Verfügbarkeit gewechselt sind, und zwar von 8,8 % Jahres-Nachbefragung 1991 auf 21,2 % bei der Langzeituntersuchung 1998. Sie gaben an, jetzt in ihrer Familie tätig geworden zu sein.

- Bei den beiden Absolventen-Jahrgängen 1992 und 1994 ist die Wiedereingliederung bei den jeweiligen Jahres-Nachbefragungen mit 72,3 % bzw. 65,3 % nicht so hoch wie beim Absolventen-Jahrgang von 1990 mit 85,4 %. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte in der Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt zu sehen sein. Um so erstaunlicher mag es auf den ersten Blick erscheinen, dass sich trotz dieser Verschlechterung die Wiedereingliederung von den Jahres-Nachbefragungen zur „Langzeituntersuchung 1998“ verbessert hat.

Offensichtlich verbessert sich die Wiedereingliederung von der Jahres-Nachbefragung zur Langzeituntersuchung vor allem dann, wenn die Ergebnisse der Jahres-Nachbefragung eher „schlecht“ waren. Waren dagegen die Ergebnisse der Jahres-Nachbefragung schon gut oder sogar sehr gut, dann gibt es kaum eine Verbesserung, sondern im Gegenteil, die Wiedereingliederung kann bei der Langzeituntersuchung zurückgehen. Insofern ist hier eine Einschränkung der Ergebnisse der 1. Langzeituntersuchung 1992/93 erforderlich. Damals war die These aufgestellt worden, dass sich die Wiedereingliederung generell verbessert, je länger der Zeitraum zwischen Reha-Ende und Befragungszeitpunkt ist (Beiderwiden/Wittwer 1994). Diese „Verbesserungsthese“ muss jetzt dahingehend spezifiziert werden, dass dies dann nicht gilt, wenn die Absolventen ihre Rehabilitation zu einer Zeit mit hervorragender Arbeitsmarktsituation beenden, danach aber eine Verschlechterung eintritt. Diese Zusammenhänge sollen im folgenden Abschnitt an Hand der Wiedereingliederungs-Kurven näher analysiert werden.

4.1.4 Verlangsamung des Wiedereingliederungs-Prozesses

Die Wiedereingliederung wird häufig nur von einem (punktuellen) Ergebnis her betrachtet. Man sagt dann: „Die Wiedereingliederung ist so und so hoch ...“ Richtiger als diese eher statische Betrachtungsweise ist es jedoch, wenn man sich die Wiedereingliederung als Prozess vorstellt, bei dem beständig Absolventen in eine Erwerbstätigkeit einmünden, andere die Arbeitstelle wechseln, erwerbslos werden, in der Familie tätig werden und Ähnliches. In dieser eher dynamischen Betrachtung des Arbeitsmarktes als Arbeitsmarktgeschehen stehen „Übergänge“ im Mittelpunkt des Interesses (Schmid 1994). Das Arbeitsmarktgeschehen bzw. die Häufigkeit der Übergänge sind vor allem unmittelbar bei und nach Reha-Ende besonders hoch. Die Abbildung 6 gibt den Wiedereingliederungs-Prozess der in der „Langzeituntersuchung 1998“ einbezogenen Absolventen-Jahrgänge wieder.¹⁶

Aus der obigen Abbildung lässt sich folgendes ablesen:

1. Die Wiedereingliederungs-Kurven für die Absolventen-Jahrgänge bei der „Langzeituntersuchung 1998“ und den entsprechenden Jahres-Nachbefragungen decken sich nur zum Teil. Abweichungen lassen sich insbesondere in zwei Fällen erkennen:

¹⁶ Es werden die kumulierten Wiedereingliederungs-Quoten dargestellt, und zwar nur für die Absolventen, die zum Zeitpunkt der Befragung (1998) erwerbstätig waren. Nicht enthalten sind alle diejenigen Absolventen, die in der Zwischenzeit eine Beschäftigung gefunden hatten, diese aber wieder verloren haben. Um diese Absolventen mit zu erfassen, hätte man im Fragebogen nach einzelnen Erwerbsabschnitten mit Beginn- und Enddatum fragen müssen, was den Fragebogen komplizierter gemacht hätte. Dadurch, dass dies nicht geschehen ist, verlaufen die Kurven – vor allem zu Beginn der einzelnen Absolventen-Jahrgänge der Langzeituntersuchung – flacher, als sie tatsächlich sind. Dies zeigt auch der Vergleich mit den Wiedereingliederungs-Kurven der entsprechenden Jahres-Nachbefragungen.

- Bei der Langzeituntersuchung gaben mehr Absolventen als bei den entsprechenden Jahres-Nachbefragungen an, sie hätten ihre „erste Stelle unmittelbar (= Null Monate) nach der Ausbildung angetreten“. Dies gilt insbesondere für die Absolventen von 1990 und 1992. Vermutlich hat der größere zeitliche Abstand von 4 bis 8 Jahren bei der „Langzeituntersuchung 1998“ zu dieser Ungenauigkeit geführt.
- Beim Absolventen-Jahrgang 1990 verläuft (ab dem zweiten Monat nach Reha-Ende) die Wiedereingliederungs-Kurve der Jahres-Nachbefragung über der der Langzeituntersuchung. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Wiedereingliederungs-Kurve nur die kumulierten Wiedereingliederungs-Quoten der zum Zeitpunkt der Jahres-Nachbefragung bzw. „Langzeituntersuchung 1998“ erwerbstätigen Absolventen darstellt und dass die Wiedereingliederung der Absolventen von 1990 bei der Jahres-Nachbefragung höher lag als bei der „Langzeituntersuchung 1998“ (siehe oben, Abschnitt 4.1.1 und Fußnote 16).

2. Unmittelbar bei Reha-Ende waren bei den Jahres-Nachbefragungen 38 % der Absolventen von 1990, aber nur 28 % der Absolventen von 1992 und sogar nur 18 % der Absolventen von 1994 wiedereingegliedert. In den darauf folgenden ersten drei Monaten nehmen diese Unterschiede sogar noch zu, dann aber wieder ab, ohne jedoch vollständig zu verschwinden. Offenbar wirkte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt besonders in den ersten drei Monaten nach Reha-Ende auf den Wiedereingliederungs-Prozess aus.

3. Auch wenn der Wiedereingliederungs-Prozess im ersten Jahr sehr dynamisch verläuft, so ist er nach einem Jahr nicht beendet. Dies gilt insbesondere für den Absolventen-Jahrgang 1994. Während sich hier die Wiedereingliederungs-Quote bei der Langzeituntersuchung noch um 10 Prozentpunkte (von 62 % auf 72 %) verbessert, sind es beim Absolventen-Jahrgang 1992 nur 6 Prozentpunkte (von 72 % auf 78 %). Beim Absolventen-Jahrgang 1990, der bei der Jahres-Nachbefragung ein sehr hohes Ergebnis erreicht hatte, nimmt die Wiedereingliederung sogar wieder ab. Offenbar verlief hier der Wiedereingliederungs-Prozess so schnell, dass etwa nach einem Jahr bereits das Maximum überschritten war. Da sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte und zusätzlich Frauen in die Familientätigkeit wechselten, ging danach die Wiedereingliederung leicht zurück. Insofern trifft für diese Situation die „Verbesserungsthese“ nicht zu.

4. Die Wiedereingliederung steigt insbesondere in den ersten Monaten nach Reha-Ende steil an. Danach flacht sie ab und nähert sich asymptotisch einem *Endergebnis* an, ohne dieses aber zu erreichen. Insofern gibt es streng genommen kein endgültiges Wiedereingliederungs-Ergebnis. Allerdings sind die Veränderungen nach etwa drei Jahren nur noch gering, so dass man hier von einem relativen Abschluss bzw. annähernden Endergebnis des Wiedereingliederungs-Prozesses sprechen kann.

5. Vergleicht man den Anstieg der Wiedereingliederungs-Kurven bei den Jahres-Nachbefragungen, so zeigt sich, dass beim Absolventen-Jahrgang 1990 die Wiedereingliederung in den ersten sechs Monaten am „schnellsten“ um insgesamt 40 Prozentpunkte zunimmt (von 38 % auf 78 %). Demgegenüber hat sich bei den beiden anderen Absolventen-Jahrgängen 1992 und 1994 der Wiedereingliederungs-Prozess „verlangsamt“. In den ersten sechs Monaten wuchs die Wiedereingliederung beim Absolventen-Jahrgang 1992 um 35 Prozentpunkte (von 28 % auf 63 %) und beim Absolventen-Jahrgang 1994 um 30 Prozentpunkte (von 18 % auf 48 %). Diese Verlangsamung

des Wiedereingliederungs-Prozesses zu Beginn der 90er Jahre ist vor allem durch die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt bedingt. Jahres-Nachbefragungen unterschätzen insbesondere in Zeiten mit ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen das letztendliche Wiedereingliederungs-Ergebnis.¹⁷

Eine zentrale Erkenntnis aus den Betrachtungen zur Wiedereingliederung als Prozess besteht darin, dass man die Wiedereingliederung nicht nur ein halbes oder ein Jahr nach Reha-Ende, sondern auch später erfassen sollte.¹⁸ Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke hat daher beschlossen, in Zukunft regelmäßig Zwei-Jahres-Nachbefragungen zu veranstalten. Den einzelnen BFWs ist es indessen weiterhin anheim gestellt, für ihre operative Arbeit Halbjahres- oder Jahres-Nachbefragungen durchzuführen, die aber nicht mehr zentral ausgewertet und veröffentlicht werden. An die Stelle der Jahres-Nachbefragungen treten zukünftig die Zwei-Jahres-Nachbefragungen.

4.2 Stabilität und Qualität der Wiedereingliederung

Für den Erfolg von beruflichen Reha-Maßnahmen ist nicht nur von Bedeutung, wie viele Absolventen nach Beendigung eine Erwerbstätigkeit gefunden haben, sondern auch die Stabilität und Qualität dieser Erwerbstätigkeit. In der Langzeituntersuchung 1998 sind dazu eine Reihe von Fragen gestellt worden (siehe oben Tabelle 2).

4.2.1 Stabilität der Wiedereingliederung

Bei der überwiegenden Mehrheit der wiedereingegliederten Absolventen liegt die *Erwerbstätigkeitsdauer* über drei Jahre. Bei den Absolventen von 1990 traf dies auf 75,7 %, denen von 1992 auf 67,9 % und denen von 1994 immerhin noch auf 41,8 % zu. Weniger als sechs Monate tätig in ihrem Beschäftigungsverhältnis - und damit womöglich noch in der Probezeit - waren 4,6 % der Absolventen von 1990, 5,7 % der von 1992 und 8,9 % der von 1994 (siehe Tabelle 7).

Eine *befristete Tätigkeit* übten 5,2 % der Absolventen von 1990, 6,5 % der von 1992 und 11,8 % der von 1994 aus, wobei ABM eine untergeordnete Rolle spielte. Dies entspricht in etwa den Relationen bei den Beschäftigten in Deutschland insgesamt. Laut Mikrozensus hatten 9 % aller abhängig Beschäftigten 1999 einen befristeten Arbeitsvertrag (Statistisches Bundesamt 2000b : 38). Überdurchschnittlich war die Befristung bei den Absolventen von 1994 vor allem bei Alleinlebenden (mit 16,9 %) sowie Absolventen mit einer Beschäftigungsdauer von unter einem Jahr (34,6 %).

Selbständig tätig waren zwischen 6,6 % bis 8,3 % der wiedereingegliederten Absolventen. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt waren 1999 9,9 % der Erwerbstätigen selbständig tätig (Statistisches Bundesamt 2000b : 13). Selbständig tätig waren von den Absolventen von 1990 insbesondere Zusammenlebende (mit 9,1 %), männliche Absolventen (mit 8,9 %) sowie Absolventen, die als Reha-Grund (außer der Behinderung) angaben, sie wollten beruflich weiterkommen

¹⁷ Zu diesem Resultat kam bereits die Langzeituntersuchung von 1992/1993 (Beiderwieden / Wittwer 1994: S. 131).

¹⁸ Nach Schmid / Schömann / Schulz „haben sich methodische Vorschläge zu Wirkungsanalysen in den vergangenen Jahren mehr und mehr auf Längsschnittdesigns in den Erhebungsverfahren und Analysetechniken verlagert.“ (1997 : 17) Bei der letzten großen Verbleibsstudie des IAB über erwachsene Rehabilitanden wurde ebenfalls ein Betrachtungs-Zeitraum von zwei Jahren gewählt. (Blaschke / König 1992 : 4).

Tabelle 7: Stabilität der Erwerbstätigkeit der wiedereingegliederten Absolventen

	Absolventen (abs. und in Spalten%)		
	1990	1992	1994
<i>Wie lange üben sie Ihre jetzige Tätigkeit aus?</i>			
bis unter 6 Monate	2174 4,6%	2475 5,7%	255 8,9%
6 bis unter 12 Monate	4,6%	5,6%	9,3%
1 bis unter 3 Jahre	15,2%	20,8%	40,0%
3 bis unter 6 Jahre	20,7%	57,0%	41,4%
6 und mehr Jahre	55,0%	10,9%	,4%
<i>Was machen Sie zur Zeit?</i>	2224	2529	2598
ich habe ein unbefristetes Arbeitsverhältnis	85,6%	86,2%	80,2%
ich habe eine ABM-Stelle	,8%	,6%	2,3%
ich habe ein anderes (als ABM) befristetes Arbeitsverhältnis	4,4%	5,9%	9,5%
ich bin als Selbständige(r) tätig	8,3%	6,6%	7,6%
beschäftigt ohne nähere Angaben	,9%	,7%	,5%
<i>Wie viele Arbeitsstellen seit Abschluss der BFW-Ausbildung?</i>	2602	2927	3070
erste Stelle	42,2%	46,2%	54,1%
zweite Stelle	30,8%	31,2%	30,0%
dritte Stelle	15,7%	15,2%	11,2%
vierte Stelle und höher	11,3%	7,4%	4,7%

(mit 12,1 %). Über 80 % der selbständig Tätigen befanden sich schon länger als ein Jahr in dieser Erwerbsform.

In ihrer ersten Erwerbstätigkeit sind noch etwa die Hälfte der wiedereingegliederten Absolventen tätig. Ein knappes Drittel hat die Arbeitsstelle einmal gewechselt, ein Fünftel mehr als einmal.

Insgesamt kann man sagen, dass, wenn man die Beendigung der Probezeit als Kriterium nimmt, über 90 % der wiedereingegliederten Absolventen dauerhaft beschäftigt sind.

4.2.2 Qualität der Wiedereingliederung

Zur Ermittlung der Qualität der Wiedereingliederung wurden in der „Langzeituntersuchung 1998“ eine Reihe von Fragen gestellt.

Behindertengemäß beschäftigt ist die große Mehrheit der Absolventen. Fast 87,6 % bis 90,1 % der Absolventen gaben an, dass sich ihre Behinderung bzw. gesundheitliche Beeinträchtigung bei ihrer Tätigkeit „nicht“ oder „wenig“ auswirkt (siehe Tabelle 8). Eine genauere Analyse für den Absolventen-Jahrgang 1994 zeigt, dass dies in signifikant höherem Maße zutrifft auf Absolventen, die im neuen bzw. verwandten Beruf arbeiteten (93,6 %), auf die unter 29-Jährigen (91,3 %), auf Absolventen ohne einen Grad der Behinderung (90,6 %), auf Absolventen ohne Einarbeitungsschwierigkeiten (89,5 %), auf Absolventen aus Großbetrieben mit einer Beschäftigtenzahl ab 500 (93,1 %) sowie auf Absolventen, die als Arbeitsmittel PC/EDV-Anlage nannten (93,1 %).

Eine *ausbildungsadäquate* Tätigkeit übten 68,5 % bis 74,0 % der erwerbstätigen Absolventen aus.¹⁹ Nur 4,5 % bis 7,6 % sind in ihren alten Beruf zurückgekehrt, während, 21,5 % bis 23,9 % etwas „ganz anderes“ machten. Ausbildungsgemäß beschäftigt sind vom Absolventen-Jahrgang 1994 insbeson-

Tabelle 8: Qualität der Erwerbstätigkeit der wiedereingegliederten Absolventen

	Absolventen (abs. und in Spalten%)		
	1990	1992	1994
<i>Wie wirkt sich Ihre Behinderung bei Ihrer jetzigen Tätigkeit aus?</i>			
nicht/wenig	2202 90,1%	2496 89,5%	2556 87,6%
ziemlich/sehr	9,9%	10,5%	12,4%
<i>Ausbildungsgemäße Beschäftigung (Selbsteinschätzung)</i>	2206	2509	2576
ich arbeite in neuem/verwandtem Beruf	74,0%	70,1%	68,5%
ich arbeite in meinem alten Beruf	4,5%	6,1%	7,6%
ich übe eine ganz andere Tätigkeit aus	21,5%	23,8%	23,9%
<i>Was für ein Ausbildungsabschluss ist für jetzige Tätigkeit erforderlich?</i>	2140	2444	2506
kein besonderer Ausbildungsberuf	13,4%	15,9%	18,0%
Abschluss in anerkannten Ausbildungsberuf	56,9%	60,0%	56,7%
Fachschulabschluss	10,0%	8,4%	8,7%
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	6,7%	4,5%	5,5%
sonstige Zusatzausbildungen	13,1%	11,2%	11,0%
<i>Hatten Sie Schwierigkeiten sich in Ihrer Arbeit zurechtzufinden?</i>	2200	2505	2578
nein	61,1%	57,6%	54,6%
teils/teils	32,5%	34,4%	36,7%
ja	6,4%	8,0%	8,7%
<i>Sind Sie ganztags beschäftigt?</i>	2206	2512	2576
Ja	93,6%	93,7%	93,5%
Nein	6,4%	6,3%	6,5%
<i>Wirtschaftssektor</i>	2163	2478	2531
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	,5%	,3%	,5%
Produktion	26,0%	25,5%	25,8%
Dienstleistungen	73,5%	74,2%	73,7%
<i>Wie viel Beschäftigte hat ihr Unternehmen ungefähr?</i>	2056	2350	2364
1 – 49	32,9%	39,0%	43,1%
50 – 499	36,6%	36,3%	33,9%
500 und mehr	30,5%	24,7%	23,1%
<i>Arbeitsgeräte (Mehrfachantworten möglich)</i>	1968	2243	2304
PC und EDV-Anlage	79,0%	74,9%	75,9%
<i>Worauf kommt es bei Ihrer Arbeit an? (Mehrfachantworten möglich)</i>	2203	2506	2576
Selbständiges Arbeiten	91,7%	91,3%	89,8%
Gute Fachkenntnisse	78,9%	76,6%	73,6%
Mit anderen gut zusammenarbeiten	71,0%	70,7%	69,9%
Bereitschaft, neu zu lernen	68,1%	65,7%	65,2%
Mit Kunden umgehen	58,5%	58,7%	61,5%
Sich klar und verständlich mündlich ausdrücken	61,6%	59,1%	59,8%
Fähigkeit zu planen und zu organisieren	58,8%	56,3%	58,6%
Probleme lösen, Neues ausprobieren	61,5%	59,6%	58,4%
Nach Anweisung exakt arbeiten	32,1%	31,6%	33,2%
Körperliche Belastbarkeit	27,9%	29,6%	29,3%
<i>Wie zufrieden sind Sie mit ihrer jetzigen Tätigkeit?</i>	2211	2504	2562
eher/sehr zufrieden	92,6%	89,8%	87,2%
eher/sehr unzufrieden	7,4%	10,2%	12,8%

dere Frauen (78,4 %), länger als drei Jahre Beschäftigte (77,4 %) und an einem PC Arbeitende (81,8 %). Etwas „ganz anderes“ machten insbesondere solche Absolventen, für deren aktuelle Tätigkeit „kein besonderer Ausbildungsabschluss erforderlich“ war (62,1 %).

Als ein Indikator für die Qualität einer Tätigkeit kann angesehen werden, inwiefern dafür überhaupt eine bestimmte Ausbildung erforderlich ist, es sich also um eine qualifizierte Tätigkeit handelt. Bei 82,0 % bis 86,4 % der ausgeübten Tätigkeiten war als *Zugangsvoraussetzung* der Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf, ein Fachschulabschluss, ein Fachhochschul-/Hochschulabschluss oder eine sonstige Zusatzausbildung (wie „Bankakademie“ oder „Netzwerkseminar“) erforderlich. Eine detailliertere Untersuchung des Absolventen-Jahrgangs 1994 ergibt, dass in unqualifizierte Tätigkeiten vor allem Absolventen mit Vorarbeitslosigkeit als Reha-Grund (26,2 %) eingemündet waren, Teilzeit-Beschäftigte (28,5 %) und Absolventen, die nicht mit einem PC arbeiteten (30,7 %), sowie Absolventen, die weder im neuen noch im alten, sondern in einem ganz anderen Beruf tätig geworden waren (46,2 %).

Wie gut eine Ausbildung war, lässt sich daran auch ablesen, wie schnell man nach beendeter Ausbildung im neuen Beruf zurechtkommt. 54,6 % bis 61,1 % der erwerbstätigen Absolventen gaben an, sie hätten *anfänglich keine Schwierigkeiten* gehabt, sich in ihrer neuen Arbeit zurechtzufinden, 32,5 % bis 36,7 % antworteten mit „teils/teils“, 6,4 % bis 8,7 % verneinten die Frage. Vornehmlich Frauen berichteten von Anfangsschwierigkeiten (Absolventinnen 1994 12,5 %).

Ziel der Rehabilitation ist im Allgemeinen eine Vollerwerbstätigkeit. Fast 93,5 % bis 93,7 % der Absolventen war *ganztags* beschäftigt. Eine Teilzeittätigkeit übten beim Absolventen-Jahrgang 1994 in erster Linie Schwerstbehinderte mit einem Grad der Behinderung von 80 bis 100 (mit 17,2 %) und Frauen (mit 19,2 %) aus.

Wichtig für die Wiedereingliederung ist auch, dass die Absolventen nicht überproportional in schrumpfenden *Branchen* untergekommen sind. 73,5 % bis 74,7 % der Absolventen arbeiten in den Dienstleistungen, nur 25,5 % bis 26,0 % in der Produktion.

Ein wichtiges Merkmal der Erwerbstätigkeit ist die *Betriebsgröße*. Klein- und Kleinstbetriebe gelten als besonders beschäftigungsintensiv. Große Betriebseinheiten nehmen zahlenmäßig an Bedeutung ab. In Deutschland arbeiteten 1998/99 55 % der Erwerbstätigen in Betrieben mit bis zu 47 Beschäftigten, 28 % in Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten und nur 15 % in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten (Jansen 2000). Die Ergebnisse der Langzeituntersuchung 1998 weichen davon erheblich ab (siehe Tabelle 8). Es waren erheblich weniger Absolventen in Kleinbetrieben (mit bis zu

49 Beschäftigten) tätig (32,9 % bei den 90er-Absolventen und 43,1 % bei den 94er-Absolventen), andererseits hatten beträchtlich mehr in Großbetrieben (mit über 500 Beschäftigten) Arbeit gefunden (30,5 % bei den 90er-Absolventen und 23,1 % bei den 94er-Absolventen). Allerdings bestätigen die Ergebnisse die Tendenz zu kleineren Betriebsgrößen. Waren bei den Absolventen von 1990 32,9 % in Kleinbetrieben tätig, waren es bei den 94er-Absolventen bereits 43,1 %. Umgekehrt nahm der Anteil der Absolventen in Großbetrieben von 30,5 % auf 23,1 % ab.

Die Qualität der Wiedereingliederung zeigt sich auch in den verwendeten Arbeitsmitteln und in den Arbeits- und Qualifikationsanforderungen. Das am häufigste genannte *Arbeitsmittel* ist der PC bzw. eine EDV-Anlage. 72,9 % der Absolventen gaben an, sie würden damit arbeiten.²⁰ Bei den *Arbeits- und Qualifikationsanforderungen* spielen Schlüsselqualifikationen eine große Rolle (siehe Abbildung 7).²¹ Über 90 % meinten, bei ihnen käme es auf selbständiges Arbeiten an, während nur 32,4 % meinten, sie müssten nach Anweisung exakt arbeiten. Körperliche Belastbarkeit spielte eine untergeordnete Rolle, wurde aber immerhin noch von 29,0 % erwartet.

Es sind nicht nur objektive Merkmale der Arbeits- und Beschäftigungssituation erhoben worden, sondern auch die subjektive *Zufriedenheit* damit. 87,2 % bis 92,6 % der erwerbstätigen Absolventen gaben an, sie seien mit ihrer Arbeit (eher bzw. sehr) zufrieden. Überdurchschnittlich zufrieden waren bei den 94er-Absolventen ausbildungsgemäß Beschäftigte (93,4 %), Absolventen, bei denen sich die Behinderung nicht bzw. wenig auswirkte (92,0 %), und Absolventen ohne Einarbeitungsschwierigkeiten (90,2 %).

5 Möglichkeiten der Evaluation der beruflichen Rehabilitation in Berufsförderungswerken

Vielen Experten wird die Aussage evident erscheinen, dass eine Wiedereingliederung von 72 % bis 81 % nach 4 bis 8 Jahren „gut“ ist. Vor dem Auge eines „Evaluators“ würde sie aber nicht bestehen. Er würde dagegen einwenden, dass nicht ausgeschlossen ist, dass die Absolventen diese Wiedereingliederungs-Quote auch ohne berufliche Rehabilitation erreicht hätten. Außerdem sei nicht klar, ob eine Verbesserung der Wiedereingliederungs-Situation gegenüber der vor Beginn der beruflichen Rehabilitation eingetreten sei. Theoretisch gesprochen geht es vor allem um die Frage, ob die berufliche Rehabilitation kausal die Wiedereingliederung bewirkt hat (Effektivität).

Die Diskussion um die Evaluation von Maßnahmen, insbesondere der aktiven Arbeitsmarktpolitik aber auch der beruflichen Rehabilitation, hat in der letzten Zeit zugenommen. Dabei besteht die Gefahr, dass aus dem Umstand, dass man keine oder nur sich widersprechende Effekte von Maßnahmen feststellen konnte, geschlossen wird, dass es auch tatsächlich keine positiven Effekte gibt. Im Folgenden soll daher in aller Kürze das Evaluationsproblem, verschiedene Ansätze der Evaluation und deren Tauglichkeit für den Bereich der beruflichen Rehabilitation in Deutschland skizziert werden.

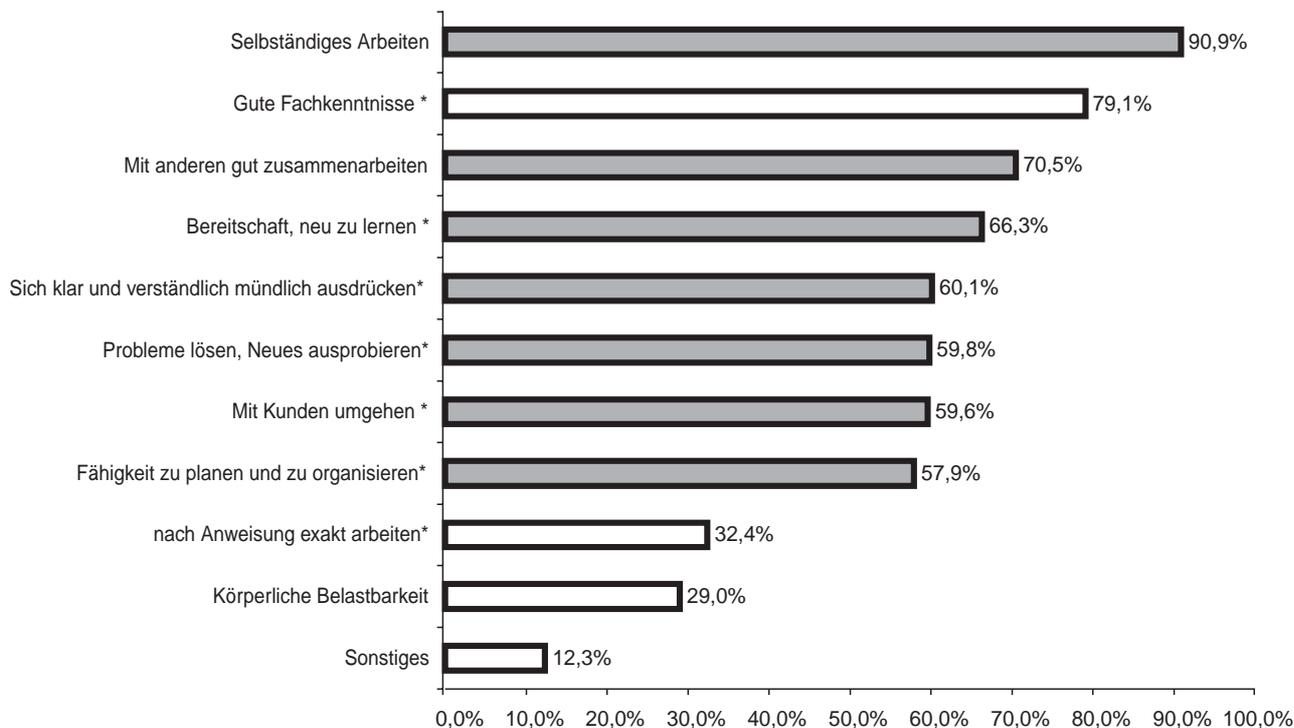
Evaluation lässt sich wie folgt definieren: „Evaluation vergleicht ‚das, was ist‘ mit ‚dem, was sein sollte‘.“ (Weiss 1974 : 26) Bei der Evaluation handelt es sich also um einen Ist-Soll-Vergleich. „Das, was ist“, die Wiedereingliederungssituation von Absolventen aus Berufsförderungswerken ist zuvor dargestellt worden. Wie aber sind diese Ergebnisse zu bewerten? Wo liegt der Bewertungsmaßstab? Es gibt viele

¹⁹ Hierbei handelt es sich um subjektive Einschätzungen der Absolventen. Wählt man stattdessen als ein eher „objektives“ Kriterium die Übereinstimmung der ersten beiden Berufskennziffern des erlernten und ausgeübten Berufs, so verringert sich die ausbildungsadäquate Beschäftigung auf 66,7 % bei den 90er-, 62,7 % bei den 92er- und 61,0 % bei den 94er-Absolventen. Es besteht aber keine Veranlassung, den Angaben der Absolventen weniger zu trauen als dem „objektiven“ Kriterium, so zum Beispiel, wenn ein gelernter Bürokaufmann (BKZ 7810) Buchhalter wird (BKZ 7720) usw.

²⁰ Nach der letzten BIBB/IAB-Befragung 1998/99 verwenden 62 % der Erwerbstätigen computergesteuerte Arbeitsmittel (Troll 2000).

²¹ Dabei sind Schlüsselqualifikationen grün hervorgehoben worden. Ein Stern * weist drauf hin, dass es bei dieser Qualifikations- bzw. Arbeitsanforderung signifikante Unterschiede zwischen den Berufen gibt. Zur Förderung von Schlüsselqualifikationen siehe Beiderwieden 1994.

Abbildung 7: „Worauf kommt es bei Ihrer derzeitigen Arbeit an?“ (Mehrfachantworten möglich)



Wege der Evaluation (siehe z.B. Weiss 1974 : 88 ff). In der aktuellen Diskussion in Deutschland dominieren zwei Ansätze: der experimentelle und der nichtexperimentelle Ansatz.

Beide Ansätze gehen davon aus, dass man bei der Evaluation von Maßnahmen eigentlich wissen müsste, was mit den Maßnahmeteilnehmern passiert wäre, wenn sie nicht an der Maßnahme teilgenommen hätten. Dies wird als das Kontrafaktische bezeichnet. Die Differenz zwischen dem Ergebnis bei Maßnahmeteilnahme (dem Faktischen) und dem Ergebnis bei Nichtteilnahme (dem Kontrafaktischen) wäre – nach den Millschen Regeln der Induktion – die Wirkung der Maßnahme. Da es aber unmöglich ist, dass eine Person gleichzeitig an einer Maßnahme teilnimmt und nicht teilnimmt, kann dieser Weg nicht beschritten werden. Man muss sich daher das Kontrafaktische auf irgendeine Weise konstruieren. Im experimentellen und nichtexperimentellen Ansatz geschieht dies durch Bildung einer Kontrollgruppe, wobei sich beide Ansätze vor allem nach der Art unterscheiden, wie die Kontrollgruppe gebildet wird.

(1) Der Gedankengang beim experimentellen Ansatz ist bestechend einfach. Angenommen, man hat ein Sample mit potenziellen Maßnahmeteilnehmern. Diese teilt man nach dem Zufallsprinzip (zum Beispiel durch Münzwerfen) in zwei gleich große Gruppen, die sich dadurch im Durchschnitt nicht systematisch voneinander unterscheiden. Die eine Gruppe ist die Versuchsgruppe, die an der Maßnahme teilnimmt, die andere die Kontrollgruppe, die von der Maßnahme ausgeschlossen wird. Nach Maßnahmeende vergleicht man die beiden Gruppen, inwieweit die Maßnahme zu den erwarteten Effekten bei der Versuchsgruppe geführt hat.

Leider lassen sich Experimente in den Sozialwissenschaften nicht so einfach durchführen wie in den Naturwissenschaften, aus denen sie ursprünglich entstammen. In der Literatur werden neben vielen Vorteilen (wie Exaktheit, Einfachheit, Überzeugungskraft und Resistenz gegenüber Manipulationen) zahlreiche Nachteile von Experimenten genannt (siehe zum Beispiel Weiss 1974 : 90 ff; Friedrichs 1973 : 334 ff; Björk-

land / Regné 1996 : 91 f, 102 f; Smith 2000 : 351 f). Hier sollen nur diejenigen genannt werden, die im Zusammenhang mit der beruflichen Rehabilitation relevant sind. Experimente setzen voraus, dass die Bedingungen bzw. Variablen kontrollierbar sind. Zugespielt geht es um die „Herstellung von Situationen, in denen die Versuchspersonen nicht anders können“ (Holzkamp 1985 : 527) als es vom Versuchsleiter in seinen Instruktionen gefordert wird. Dazu gehört zum Beispiel, dass die Teilnehmer die Maßnahme nicht vorzeitig beenden und die Nichtteilnehmer nicht eine ähnliche Maßnahme besuchen. Außerdem müssen die Praktiker vor Ort mitziehen. Da es sich um Feldexperimente handelt, sind diese Bedingungen in praxi oft nicht gegeben. So erscheinen Teilnehmer der Versuchsgruppe bei Maßnahmebeginn nicht oder brechen sie ab (je nach Maßnahme und Rechenalgorithmus 15 – 20 %). Teilnehmer der Kontrollgruppe besuchen, gerade bei einer längeren Dauer des Experiments, andere Maßnahmen oder werden von der lokalen Verwaltung sogar in Ersatzmaßnahmen geschickt. Damit zusammen hängt, dass die postulierte Zufallsauswahl zumeist verzerrt ist. Weiterhin kann es, wenn die Experimente in gleichen Arbeitsamtsbezirken durchgeführt werden und wenn es sich um eine einheitliche Zielgruppe handelt, zu Verdrängungseffekten („displacement effects“; Björkland / Regné 1976 : 92) dergestalt kommen, dass die Teilnehmer der Kontrollgruppe kaum noch einen Arbeitsplatz finden. Weiterhin sind Experimente aufwendig und teuer. Sie sind daher nicht für eine kontinuierliche Evaluation geeignet. Zudem empfehlen sich Experimente eher für neue Maßnahmen.

Im Bereich der beruflichen Rehabilitation gibt es aber in erster Linie ethische und rechtliche Einwände gegen Experimente. Wer will Behinderten, für die eine berufliche Rehabilitation angezeigt ist, diese über mehrere Jahre hinweg verweigern? Nach § 102 SGB III haben Rehabilitanden mit besonderer „Art und Schwere der Behinderung“ einen Anspruch auf „besondere Leistungen“ der Rehabilitation, die in der Regel in Berufsförderungswerken erbracht werden. Eine Kontrollgruppe kann im Falle der Qualifizierung in Berufsförde-

rungswerken also gar nicht konstruiert werden. Der experimentelle Ansatz kommt insofern hier nicht in Betracht.

(2) Im aktuellen Mainstream wird – insbesondere von Ökonometrikern – der nichtexperimentelle Ansatz favorisiert. Auch bei ihm wird eine „Kontrollgruppe“ (richtiger: Vergleichsgruppe) konstruiert, aber nicht in realiter. Vielmehr wird für jeden Teilnehmer der Versuchsgruppe mithilfe von Matching-Verfahren ein „statistischer Zwilling“ herausgesucht, der nicht an der Maßnahme teilgenommen hat, ansonsten aber nach bestimmten Merkmalen (wie Alter, Geschlecht, Vor-Arbeitslosigkeitsdauer, Region, berufliche Vorqualifikation, Vorberuf u.Ä.) übereinstimmt. Man bildet zunächst für beide Gruppen die Differenz zwischen den Eingliederungsquoten vor und nach der Maßnahme. Die Differenz zwischen diesen beiden Differenzen wird dann als Wirkung der Maßnahme gewertet.²² Bei nichtexperimentellen Ansätzen wird im Allgemeinen auf vorhandene Daten zurückgegriffen, in Deutschland vor allem auf das Sozioökonomische Panel (SOEP, oft auch GSOEP genannt, wobei G für „German“ steht). Geplant ist, auf die umfangreichen Daten der Arbeitsverwaltung zurückzugreifen.

Neben den Vorteilen des Matching-Verfahrens (wie geringere Kosten, Nutzung vorhandener Daten und neuer statistischer Methoden) werden in der Literatur eine Reihe von Bedenken geäußert. Matching-Verfahren hängen davon ab, wie die „statistischen Zwillinge“ gefunden werden. Um den Anforderungen des „statistischen Zwillings“ einigermaßen nahe zu kommen, ist man auf „reichhaltige Daten“ (Smith : 352) angewiesen. Es müssen möglichst alle Variablen in das Matching einbezogen werden, die für die Teilnahme und das Erfolgskriterium (hier vor allem die Wiedereingliederung) von Bedeutung sind. Damit geraten aber die Notwendigkeiten in Widerspruch zu den Möglichkeiten, denn oft ist es schon bei nur wenigen Variablen schwierig, für alle Teilnehmer einen „statistischen Zwilling“ zu finden. Es werden dann andere Verfahren angewandt (wie das „Nearest Neighbour Matching“), die zu anderen Ergebnissen führen. Selbst wenn es diese Schwierigkeiten nicht gäbe, hätte man immer noch das Problem, dass man das Matching mit möglichst allen relevanten Variablen durchführen müsste, diese Variablen in den „vorhandenen Daten“ indessen gar nicht vorhanden sind. Oft enthalten sie nur die üblichen „harten“ (vor allem soziodemografischen), nicht aber die wichtigen „weichen“ Merkmale. Damit ist das Problem der „vorhandenen Daten“ angesprochen. In Deutschland wird zumeist auf das SOEP zurückgegriffen, in dem seit 1984 regelmäßige Haushalte befragt wer-

den. Im Jahr 2000 umfasste die Stichprobe etwa 10000 Haushalte mit 20000 Personen. Von den Haushaltsmitgliedern haben aber nur wenige an Arbeitsmaßnahmen teilgenommen. Die Zahl liegt „in der Regel bei ca. 100 Personen“ (Fitzenberger / Speckesser 2000 : 363). Da aber „die Wahl einer bestimmten Matching-Methode bei kleinen Stichproben große Auswirkungen haben“ kann (Smith 2000: 353), wurden „immer wieder inkonsistente Ergebnisse sogar am gleichen Datenmaterial vorgelegt“ (Blaschke/Plath 2000 : 465; siehe auch Fitzenberger /Speckesser 2000).

Ein Ausweg wird nun darin gesehen, die Daten der Bundesanstalt für Arbeit für das Matching-Verfahren zu nutzen. Der Vorteil läge sicherlich darin, dass diese Daten zu den umfangreichsten halbamtlichen Statistiken in Deutschland zählen. Dennoch dürften damit die selbst gesteckten Ansprüche des Matching-Verfahrens nicht eingelöst werden (Blaschke/Plath 2000 : 465 ff). Denn die Daten sind vornehmlich für Zwecke des Verwaltungshandelns, nicht aber für wissenschaftliche Zwecke entwickelt worden und enthalten daher kaum „weiche“ Merkmale, detaillierte Angaben zu Inhalten, Methoden und Qualität der Maßnahmen u.Ä.. Da die Daten auf Datenverknüpfungen der FuU-, Leistungsempfänger- und Beschäftigtendatei beruhen, kommen zum Beispiel Selbständige und die Stille Reserve darin nicht vor. Wichtig für die berufliche Rehabilitation und speziell die Berufsförderungswerke ist, dass die Bundesanstalt für Arbeit nur für einen Teil der Rehabilitanden der Kostenträger ist; bei den Berufsförderungswerken sind es zum Beispiel nur 43 % der Hauptmaßnahmen, die auf die Bundesanstalt für Arbeit entfallen. Will man alle Hauptmaßnahmen erfassen, müsste man die Dateien aller anderen Reha-Träger (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften etc.) hinzuziehen, die mit Sicherheit jede anders aufgebaut sind.

Selbst wenn es all diese Widrigkeiten nicht gäbe, käme für die berufliche Rehabilitation in den Berufsförderungswerken als entscheidendes Argument gegen Matching-Verfahren hinzu, dass in Deutschland die Rehabilitanden aus rechtlichen Gründen fast durchweg einen Anspruch auf die Rehabilitation haben, man also keine „statistischen Zwillinge“ finden wird.²³

In den Berufsförderungswerken ist daher wiederholt diskutiert worden, ob man die Abbrecher hilfsweise als Vergleichsgruppe heranziehen soll, so wie es beispielsweise in einer Untersuchung über FuU-Teilnehmer geschehen ist (Hofbauer / Dadzio 1987). In einzelnen Fällen ist dies auch geschehen. So ist bei einer Halbjahres-Befragung in einem Berufsförderungswerk das unten stehende Ergebnis ermittelt worden, wobei zu beachten ist, dass der DvD-Wert mit zunehmender Bewerbungsdauer der Rehabilitanden mit erfolgreicher Beendigung der Ausbildung zunehmen dürfte. Gegen die Wahl von Abbrechern als Vergleichsgruppe kann man allerdings einwenden, dass es sich bei den Abbrechern um eine negative Auswahl handelt (Hofbauer / Dadzio 1987 : 132 ff.; Kasperek / Koop 1991: 321 ff.).

²² Anzumerken ist, dass es eigentlich keine signifikanten Differenzen zwischen Versuchs- und Kontrollgruppe bei der Vor-Erwerbsquote geben darf.

²³ Zwischenzeitlich scheint es gelungen zu sein, diese Schwierigkeiten zu umschiffen (Frölich / Heshmati / Lechner 2000), dies vor allem deshalb, weil die Untersuchung auf einem Datensatz über Langzeiterkrankte von Anfang der 90er Jahre aus Schweden beruht, wo die Rehabilitation anders geregelt ist als in Deutschland. Allein von daher verbietet sich schon ein einfacher Transfer der Ergebnisse. So gelten in Schweden Erkrankte nach 30 Krankheitstagen als Langzeiterkrankte, woraufhin eine Reha-Voruntersuchung eingeleitet wird. Im schwedischen Datensatz wurden Langzeiterkrankte mit mindestens 60 Tagen ununterbrochener Krankheitsdauer erfasst. Frölich / Heshmati / Lechner kommen nun zu dem Ergebnis, dass „berufsbezogene Bildungsmaßnahmen die Wiedereingliederungschancen in den Arbeitsmarkt deutlich reduzieren“ (2000 : 1). Mit dieser Untersuchung sind allerdings die Probleme des nichtexperimentellen Ansatzes nicht gelöst. Hier sei nur soviel dazu gesagt, dass die Evaluationsergebnisse mit der Bildung der „statistischen Zwillinge“ stehen und fallen. Dazu Frölich / Heshmati / Lechner: „Dieser Ansatz verlangt, dass alle Variablen, die zugleich den Selektionsprozess und die potenziellen Ergebnisvariablen beeinflussen, beobachtet werden. Dies erfordert sehr informative Individualdaten“ (2000 : 3). Gerade dies trifft auf die Untersuchung nicht zu. So sind die zuvor mithilfe der logistischen Regressionen herausgearbeiteten Einflussfaktoren wie Form des Zusammenlebens, Grad der Behinderung, Reha-Gründe, Ausbildungsberuf, Qualifikationsniveau oder die berufliche Vorqualifikation bei Frölich / Heshmati / Lechner nicht vorhanden.

	Abbrecher	Rehabilitanden mit erfolgreicher Beendigung der Ausbildung
1) Erwerbstätigenquote etwa 2 Monate vor Reha-Beginn	17,4 %	24,3 %
2) Erwerbstätigenquote 6 Monate nach Reha-Ende	22,0 %	43,4 %
3) Differenz zwischen Zeile 2) und 1)	4,6%	19,1%
4) Differenz von der Differenz in Zeile 3) („DvD“)		14,5%

(3) Die beiden zuvor genannten Evaluationsansätze, der experimentelle und der nichtexperimentelle Ansatz, können im Bereich der beruflichen Rehabilitation von Berufsförderungswerken nicht beschränkt werden. Ich möchte daher einen dritten Weg vorschlagen. Er geht auf den subjektwissenschaftlichen Ansatz der Kritischen Psychologie und dem Ansatz des kontrafaktischen Denkens („counterfactual thinking“) zurück. Auch hier wird das Kontrafaktische in einem Experiment konstruiert und dann mit dem Faktischen verglichen, aber nicht vom Forscher, sondern von den Betroffenen selbst, und zwar in Form eines Gedankenexperiments.

Ein zentraler Begriff der Kritischen Psychologie ist der der Handlungsmöglichkeiten. Danach sind Handlungen Realisierungen von Handlungsmöglichkeiten (Holzkamp 1983 : 245; 1993: 23). Das Subjekt hat sich vor Reha-Beginn für eine bestimmte (faktische) Handlungsmöglichkeit entschieden. Durch die kontrafaktische Frage „Angenommen, Sie hätten keine Ausbildung im BFW gemacht: Wie würde dann wahrscheinlich Ihre heutige berufliche Situation aussehen?“ werden die Absolventen aufgefordert, sich in ihre Situation vor Reha-Beginn zurückzusetzen. Über diese Situation besitzen sie die meisten Informationen. Sie wissen, welche Handlungsgründe zu ihrer Entscheidung geführt haben. Außerdem haben sie ihre Maßnahme jetzt abgeschlossen und können im Lichte ihrer Erfahrungen zur kontrafaktischen Frage Stellung nehmen.

Im kontrafaktischen Denken wird das Kontrafaktische wie folgt definiert: „Counterfactuals are mental representations of alternatives to the past“ (Roese 1997). Der Ausgangspunkt für das kontrafaktische Denken stellt ein bestimmtes Faktum dar, zu dem eine kontrafaktische Annahme gebildet wird, indem das faktische Antezedens geändert wird und dann die Konsequenz aus dieser Änderung gezogen wird. Je nach der Richtung des Vergleichs zwischen Faktischem und Kontrafaktischem lassen sich zwei Arten von Letzterem unterscheiden. „Counterfactuals may posit alternative circumstances that are evaluatively better than actuality (i.e., upward counterfactuals) or evaluatively worse than actuality (i.e., downward counterfactuals).“ Nach Roese kommt Abwärts-Kontrafaktisches nur selten vor. Die Menschen produzieren normalerweise kontrafaktische Situationen, die besser sind als die aktuelle. Dies ist wichtig, um dem Einwand vorzubeugen, man könne bei der subjektorientierten Evaluation leicht zu gute Ergebnisse bekommen.

Das kontrafaktische Denken eröffnet die Möglichkeit zu kausalen Schlüssen. „The relation of the counterfactual conditional to a relevant, factual conditional creates the essential requirements for Mill’s (1872) method of difference, which is, of course, the principal technique by which scientists infer causation... Just as causal conclusions may be derived from the true experiment, in which two parallel factual occurrences are contrasted, so too may they be derived from the pairwise contrast between a factual and a counterfactual occurrence. To the extent that the two occurrences (terminating in divergent outcomes) differ only in the presence of a particular antecedent, this antecedent can be inferred to be causal (...). Thus, running a counterfactual simulation in one’s head constitutes a proxy experiment (...). In domains in which true experiments cannot be implemented, such as historical and legal analyses, counterfactual test cases are accepted methods of inferring or dramatizing causal relations“ (Roese 1997).

Wie zuvor beim experimentellen und nichtexperimentellen Ansatz sollen auch hier einige Vor- und Nachteile des subjektorientierten Ansatzes erörtert werden. Auf den möglichen

Tabelle 9: Evaluation der beruflichen Rehabilitation durch die Absolventen

	Absolventen (abs. und in Spalten% bezogen auf alle Absolventen)		
	1990	1992	1994
<i>Wie stehen Sie heute zu ihrer beruflichen Rehabilitation?</i>			
Sie war für mich eher richtig	2720 74,9%	3163 65,6%	3522 60,1%
Teils/teils	19,7%	26,3%	30,7%
Sie war für mich eher falsch	5,4%	8,2%	9,2%
<i>Vergleich der beruflichen Situation vor/nach der Rehabilitation</i>			
verbessert	2651 74,2%	3098 66,5%	3492 58,1%
gleichgeblieben	14,2%	18,1%	21,4%
verschlechtert	11,7%	15,4%	20,6%

Vorbehalt, der subjektorientierte Ansatz könnte leicht zu zu positiven Ergebnissen führen, ist bereits zuvor eingegangen worden. Weiterhin könnte gegen den Ansatz eingewandt werden, dass es sich um eine subjektive Evaluation von geringer Zuverlässigkeit und Gültigkeit handelt. Man könne sich durchaus auf Angaben zu Alter, Geschlecht und Vorerwerbssituation und sogar zu den Reha-Gründen verlassen. Das gelte aber nicht für spekulative Schlüsse der Absolventen aus Annahmen darüber, was aus ihnen geworden wäre, wenn sie nicht an der beruflichen Rehabilitation im Berufsförderungswerk teilgenommen hätten. Für derartige Schlüsse wären neben Kenntnissen des persönlichen und beruflichen Lebensweges zumindest auch Kenntnisse der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes erforderlich. Letzteres könne man aber von den Absolventen nicht erwarten. Dagegen ist zu sagen, dass in die kontrafaktischen Handlungsbegründungen auch äußere Handlungsbedingungen eingehen. Diese sind aber oft nicht allgemeiner Natur, sondern beziehen sich auf das konkrete Umfeld der Absolventen. Dieses Umfeld kennen die Absolventen zumeist recht gut. Sie kennen die regionale Arbeitsmarktsituation, die Situation in ihrem Herkunfts- und in ihrem Zielberuf. Außerdem ist zu bedenken, dass die Absolventen keine Prognosen über ihre berufliche Zukunft, sondern Aussagen über eine hypothetische Vergangenheit machen sollen, die sich in ihrem unmittelbaren Umfeld zugetragen haben könnte.

Für den subjektorientierten Ansatz spricht vor allem, dass er einen Weg eröffnet, der in der beruflichen Rehabilitation in Berufsförderungswerken beschränkt werden kann. Weiterhin spricht dafür, dass er von der Forschungsökonomie (nicht von den theoretischen Grundlagen) her einfacher ist als die beiden anderen Ansätze. Um dem subjektorientierten Ansatz genauer beurteilen zu können, müssen allerdings Erfahrungen mit ihm gesammelt werden. In einigen Berufsförderungswerken wurde daher begonnen, in Nachbefragungen entsprechende kontrafaktische Fragen aufzunehmen.

In der Langzeituntersuchung 1998 ist die oben genannte kontrafaktische Frage so noch nicht enthalten. Es sind aber Fragen formuliert worden, die dem nahe kommen (siehe Tabelle 9). Die Frage „Wie stehen Sie heute zu ihrer beruflichen Rehabilitation?“ mit den Antwortvorgaben „sie war für mich eher richtig“, „teils/teils“, „sie war für mich eher falsch“ fordert im Grunde genommen von den Absolventen eine Bewertung der gewählten Handlungsmöglichkeit „berufliche Rehabilitation“ im Vergleich zu anderen Handlungsmöglich-

keiten. 60,1 % bis 74,9 % der Absolventen meinten, die berufliche Rehabilitation sei für sie „eher richtig“ gewesen. Nur 5,4 % bis 9,2 % gaben an, die berufliche Rehabilitation sei für sie „eher falsch“ gewesen. Man könnte nun diese Antworten mit anderen Ergebnisvariablen (vor allem der Wiedereingliederung nach der Zeitpunkt- und Zeitraum-Betrachtung) kombinieren. Dies ergäbe strengere Erfolgskriterien. Dementsprechend erhielte man etwas niedrigere Erfolgswerte. Dies soll aber an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden, weil die vorgestellte Untersuchung, die Langzeituntersuchung 1998, noch nicht explizit auf eine derart subjektorientierte Evaluation ausgerichtet war. Hier sollte nur, jenseits des experimentellen und des nichtexperimentellen Ansatzes, ein Weg der Evaluation in der beruflichen Rehabilitation aufgezeigt werden. Weitere Forschungen müssten folgen.

6 Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke (2000): Träger- und herkunftsbezogene Belegung in den Berufsförderungswerken – Hauptmaßnahmen. Erhebungszeitpunkt: 30.11.1999.
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.
- Beiderwieden, K. (1994): Schlüsselqualifikationen erfordern offene Methoden in der Berufsbildung. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Heft 1, S. 76 – 88.
- Beiderwieden, K. (1997): Berufliche Wiedereingliederung von ehemaligen Rehabilitanden – Empirische Ergebnisse der Nachbefragungen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke. In: Ellger-Rüttgardt, S. / Blumenthal, W.: Über die große Schwelle. Junge Menschen mit Behinderungen auf dem Weg von der Schule in Arbeit und Gesellschaft. Ulm, S. 81 ff.
- Beiderwieden, K. / Wittwer, U. (1994): Über 25 Jahre erfolgreiche berufliche Wiedereingliederung von Behinderten. In: Rehabilitation, Heft 3, S. 127 - 132.
- Björkland, A. / Regnér, H. (1996): Experimental Evaluation of European Labour Market Policy. In: Schmidt, G. / O'Reilly, J. / Schömann, K. (Hg.) (1996): International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Chalttenham und Brookfield.
- Blaschke, D. (1997): Problemhintergrund der Verbleibs- und Wirkungsforschung bei Behinderten und anderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik. In: Niehaus, M., L. Montada (Hrsg.): Behinderte auf dem Arbeitsmarkt. Frankfurt/M: Campus, S. 131 – 143.
- Blaschke, D. / König, P. (1992): Berufliche Wiedereingliederung von Rehabilitanden. IAB-Werkstattbericht 3.
- Blaschke, D. / Plath, H.-E. (2000): Möglichkeiten und Grenzen des Erkenntnisgewinns durch Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik. In: MittAB 3, S. 462 ff.
- Bourdieu, P. (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.
- Bourdieu, P. (1992), Die verborgenen Mechanismen der Macht.
- Bundesanstalt für Arbeit (1990): Berufliche Rehabilitation. Arbeits- und Berufsförderung Behinderter in den Jahren 1998 und 1989.
- Bundesanstalt für Arbeit (1995): Berufliche Rehabilitation. Arbeits- und Berufsförderung Behinderter im Jahr 1994 – Kurzbericht.
- Bundesanstalt für Arbeit (2000a): Berufliche Eingliederung Behinderter 1999.
- Bundesanstalt für Arbeit (2000b): Berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderungen. Reha-Transparenz-Papier. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit (ibv), Nr. 38.
- Ehling, M. / von der Heyde, Chr. / Hoffmeyer-Zlotnik, J. / Quitt, H. et al. (1992): Eine Deutsche Standarddemographie. In: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Hg.), ZUMA-Nachrichten, Heft 31, S. 29 ff.
- Ellger-Rüttgardt, S. / Labusch, G. / Lorenz, W. (1997): Neue Ausbildungswege im Berufsförderungswerk Hamburg – ein Modellversuch zur Qualifizierung „lernschwacher“ Erwachsener zum Industrieelektroniker. In: Ellger-Rüttgardt, S. / Blumenthal, W.: Über die große Schwelle. Junge Menschen mit Behinderungen auf dem Weg von der Schule in Arbeit und Gesellschaft. Ulm, S. 271 ff.
- Fitzenberger, B. / Speckesser, S. (2000): Zur wissenschaftlichen Evaluation der Aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland: Ein Überblick. In: MittAB 3, S. 357 ff.
- Friedrichs, J. (1973): Methoden empirischer Sozialforschung. Hamburg: Rowohlt.
- Frölich, M. / Heshmati A. / Lechner M. (2000): Mikroökonomische Evaluierung berufsbezogener Rehabilitation in Schweden, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 136, 433-461.
- Hobsbawm, E. J. (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.
- Hofbauer, H. / Dadzio, W. (1987): Mittelfristige Wirkungen beruflicher Weiterbildung. Die berufliche Situation von Teilnehmern zwei Jahre nach Beendigung der Maßnahme. In: MittAB 2, S. 129 ff.
- Holzkamp, Klaus (1983): Grundlegung der Psychologie, Frankfurt am Main (Campus)
- Holzkamp, Klaus (1993): Lernen. Eine subjektwissenschaftliche Einführung, Frankfurt am Main: Campus.
- Jansen, R. (2000): Auswirkungen des Strukturwandels auf die Arbeitsplätze – Ergebnisse aus der BIBB/IAB-Erhebung zu Erwerb und Verwertung beruflicher Qualifikationen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 2.
- Kasperek, P. / Koop, W. (1991): Zur Wirksamkeit von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. In: MittAB 2, S. 317 ff.
- Klähn, M. (1989): Ausgewählte Aspekte der Umschulung in Klein- und Mittelbetrieben. Was belastet Umschüler/-innen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 6, 1989, S. 22.
- Mühlum, A. / Kemper, E. (1992): Rehabilitation in Berufsförderungswerken. Konzeption, Organisation, Ergebnisse. Freiburg: Lambertus.
- Niehaus, M. (Hg.) (1999): Erfolg von Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation. Freiburg: Lambertus.
- Passenberger, J. (1999), Besser und schneller mit ABIS. In: IAB-Materialien 4, S. 10f.
- Plath, H.-E. / König, P. / Jungkunst, M. (1996): Verbleib sowie berufliche und soziale Integration jugendlicher Rehabilitanden nach der beruflichen Erstausbildung. In: MittAB 2, S. 247 - 278.
- Roese, N. J. (1997): Counterfactual Thinking. In: Psychological Bulletin, 121, S. 133-148.
- Rothe, G. (1993): Wie (un)wichtig sind Gewichtungen? Eine Untersuchung am ALLBUS 1986, in: Gabler, S. / Hoffmeyer-Zlotnik, J. / Krebs, D. (Hg.): Gewichtung in der Umfragepraxis, S. 62 ff.
- Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Hg.), ZUMA-Nachrichten, S. 36 ff.
- Schmid, G. (1994): Übergänge in die Vollbeschäftigung. Formen und Finanzierung einer zukunftsgerechten Arbeitsmarktpolitik. In: Wissenschaftszentrum Berlin, discussion papers FS I 93 – 208.
- Schmid, G. / Schömann, K. / Schulz, H. (1997): Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik. In: Wissenschaftszentrum Berlin, discussion papers FS I 97-204.
- Smith, J. (2000): Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik. Erfahrungen aus Nordamerika. In: MittAB 3, 2000, S. 345.

- Statistisches Bundesamt (1998): Sozialeistung. Reihe 5.2: Rehabilitationsmaßnahmen 1995.
- Statistisches Bundesamt (2000a): Datenreport 1999.
- Statistisches Bundesamt (2000b): Leben und arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 1999.
- Troll, L. (2000): Arbeitsmittel in Deutschland – Teil I. Moderne Technik bringt neue Vielfalt in die Arbeitswelt. In: IAB-Kurzbericht 6.
- Walger, Martin (1993): Ökonomie der Rehabilitation. Berufliche Umschulung zwischen Effizienz und Sozialverträglichkeit.
- Weiss, Carol H. (1974): Evaluierungsforschung. Methoden zur Einschätzung von sozialen Reformprogrammen.
- Wöhrl, H.-G. (1988): Eingliederungschancen von Behinderten und gesundheitlich Beeinträchtigten. Ergebnisse einer Befragung der Absolventen des Berufsförderungswerkes Heidelberg von 1984 und 1985 zwei Jahre nach Abschluss der Ausbildung. In: MittAB 2, S. 291 - 306.
- Zängle, M. / Trampusch, C. (1997): Berufliche Rehabilitation in den Berufliche Fortbildungszentren der Bayrischen Arbeitgeberverbänden e.V. (bfz e.V.). Ergebnisse der statischen Erfolgskontrolle. In: MittAB 2, S. 305 – 318.